universität wien

MASTER THESIS

Titel der Master Thesis / Title of the Master's Thesis

„Die Rolle der Vereinigten Staaten von Amerika im frühen europäischen Integrationsprozess“

verfasst von / submitted by

Mario Reinagl BSc (WU) BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Master of European Studies (M.E.S.)

Wien, 2021 / Vienna 2021

Studienkennzahl lt. Studienblatt / Postgraduate programme code as it appears on the student record sheet:	UA 992 959
Universitätslehrgang lt. Studienblatt / Postgraduate programme as it appears on the student record sheet:	Europäische Studien
Betreut von / Supervisor:	Univ.-Prof. Mag. Dr. Wolfgang Mueller

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung 3

1.1 Forschungsfragen 4

1.2 Methodik 7

2. Kontextualisierung 10

2.1 Europa am Boden und in Trümmern nach zwei Weltkriegen 10

2.2 Aufstieg der USA als Weltmacht – Von der Pax Britannica zur Pax Americana 18

3. Hauptteil – Aufstieg Europas aus den Trümmern 21

3.1 Erste Integrationsschritte unter Federführung der Vereinigten Staaten von Amerika? 22

3.1.1 Rolle der USA und europäischer Akteure (Frankreich, Westdeutschland und Großbritannien) 29

3.2 NATO 33

3.3 Bedeutung für die zweite Phase der Integration – Der Schuman Plan und die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl 40

3.4 Entwicklung der amerikanischen Rolle bis zu den Römischen Verträgen 48

4. Conclusio 52

5. Literaturverzeichnis 57

6. Anhang 60

6.1 Zusammenfassung 60

6.2 Abstract 61

1. Einleitung

Das zwanzigste Jahrhundert kann wohl mit Recht als eines der ereignisreichsten und wechselhaftesten der Menschheitsgeschichte bezeichnet werden. Der Beginn des Jahrhunderts markierte eine Hochphase der Globalisierung, geprägt von noch mehrheitlich nicht-demokratischen politischen Systemen. Bis zur Mitte des Jahrhunderts sollten zwei verheerende Weltkriege zahlreiche Errungenschaften und Ideale der Aufklärung zunichtemachen und Europa, wie Ian Kershaw meint, in „die dunkelsten Jahre des Kontinents“[1] gestürzt haben. 1945 lag Europa als einer der Hauptkampforte und Ausgangspunkt beider Weltkriege großteils in Schutt und Asche. In dieser Zeit vollzog sich auch ein Auf- und Abstieg großer Reiche wie der Abstieg der österreichisch-ungarischen Monarchie, der Abstieg des Vereinten Königreichs als führende Weltmacht und den damit einhergehenden Aufstieg der Vereinigten Staaten von Amerika als weltweite Hegemonialmacht. In den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg hat Europa nach kurzer Zeit bitterer Armut und Zerstörung nach dem Krieg sowie die USA, die Hauptakteure in dieser Arbeit einen noch nie da gewesenen Aufschwung und Wohlstand erlebt, was den britischen Historiker Eric Hobesbawn dazu veranlasste, vom „golden age“[2] zu sprechen. In Europa setzte sich nach diesen zwei Kriegen die Überzeugung durch, dass zukünftig Kooperation vor Konfrontation zwischen den Nationalstaaten stehen sollte. Jedoch war Konfrontation in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg ein Hauptaspekt im Kalten Krieg, der Europa in zwei Teile spaltete und damit die Hoffnung eines geeinten kooperierenden Gesamt-Europas zunichtemachte. Zentral für diese Arbeit ist die frühe europäische Integrationsgeschichte, die nach dem Zweiten Weltkrieg massiv an Fahrt aufgenommen hat. Nach dem Zweiten Weltkrieg ist Europa nicht mehr nur eine Vision, sondern wurde zur Realität. Dies war aber ohne die Vereinigten Staaten von Amerika nicht möglich, daher gilt eines meiner Hauptinteressen der Rolle und dem Gewicht der Vereinigten Staaten von Amerika im europäischen Integrationsprozess, auch vor dem größeren Hintergrund des Auseinanderbrechens der Anti-Hitlerkoalition zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritannien einerseits sowie der Sowjetunion andererseits und dem damit beginnenden Kalten Krieg. Nach dem Ersten Weltkrieg setzte sich eine auf Nationalstaaten

[1] Ian Kershaw, Höllensturz: Europa 1914 bis 1949, übers. von Klaus Binder, Bernd Leineweber, und Britta Schröder, Erste Auflage, Pantheon-Ausgabe (München: Pantheon, 2017), S. 564.
[2] Eric. J. Hobsbawm, Age of extremes: the short twentieth century, 1914-1991 (London : New York: Michael Joseph ; Viking Penguin, 1994) zit. nach Nicola Phillips, „Global Political Economy“, in The Globalization of World Politics: An Introduction to International Relations, hg. von John Baylis, Steve Smith, und Patricia Owens, 7. Aufl. (Oxford, Uinted Kingdom ; New York: Oxford University Press, 2017), S. 257.

gründende Neuordnung in Europa durch. Nach dem Zweiten Weltkrieg bildete sich kontinuierlich durch Vernetzung und der Kreierung gemeinschaftlicher Institutionen eine neue Ordnung in Europa, die die Bedeutung des Nationalstaates relativierte.[3]

1.1 Forschungsfragen

Daraus ergeben sich folgende Forschungsfragen:

1. Wie ist die Rolle und das Gewicht der USA in den ersten westeuropäischen Integrationsschritten (Marshall-Plan, NATO) zu bewerten? Bzw. was ist der Anteil der USA am Produkt westeuropäische Integration?
    a. Waren die ersten Integrationsschritte eher originäre amerikanische Initiativen?
    b. Oder konnte auch hier schon eine europäische Handschrift erkannt werden? (Versöhnung Deutschlands mit Frankreich)
    Wie reagierten die Westeuropäer auf amerikanische Initiativen?
    Wie ist die Bedeutung von geopolitischen Ereignissen einzuordnen?
2. Wie wichtig waren diese ersten Integrationsentwicklungen für die weitere europäische Integration der 1950er Jahre?
    a. Wie ist der Einfluss und die Bedeutung der Vereinigten Staaten einerseits sowie Frankreich und Westdeutschland andererseits bei der Entstehung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl?
    b. Spielten die USA auch in der weiteren Integrationsgeschichte Europas, bis zu den Römischen Verträgen eine ähnliche Rolle wie zu Beginn oder ist eine Veränderung des amerikanischen Verhaltens erkennbar?

Begonnen werden soll mit einer zeitlichen, geschichtlichen und politischen Kontextualisierung. Dabei soll kurz der Kontext von 2 verheerenden Kriegen beschrieben werden, die europäische Staaten grundlegend verursacht und die Situation am Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa hervorgerufen haben. In einer Situation, in der Europa großteils zerstört war, wesentliche Teile der Bevölkerung den Kriegen zum Opfer gefallen sind und bittere Armut und Elend herrschte. In diesem Unterkapitel möchte ich den zeitlichen Kontext darlegen und analysieren, in welchem nach 1945 entscheidende Weichenstellungen für die europäische und weltweite Zukunft gelegt wurden. Es geht darum, kurz und prägnant

[3] Wilfried Loth, Der Weg nach Europa, S. 5.

die Zeit bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges zu thematisieren und in den Kontext für diese Arbeit zu setzten. Was die Rolle der Vereinigten Staaten von Amerika anging, hatten die beiden Weltkriege zur Folge, dass jeweils die Vereinigten Staaten von Amerika eingreifen mussten, um wie der amerikanische Präsident Woodrow Wilson es formulierte „to make the world safe for democracy".[4] Die Überzeugung setzte sich auf amerikanischer Seite durch, dass der Rückzug aus Europa und aus der europäischen Politik nach dem Ersten Weltkrieg ein Fehler war, den man nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges nicht wiederholen wollte. Die USA hatten aufgrund ihrer wirtschaftlichen und politischen Rolle und ihres Gewichts eine besondere Gestaltungsmöglichkeit im Europa der Nachkriegszeit. Diese exponierte Rolle ging auf die Position der USA in der Welt zurück. Mit dem Ausklingen der Pax Britannica, der britischen weltweiten Vormachtstellung und der damit anbrechenden Pax Americana sowie der Übernahme der weltweiten Führungsrolle war diese mächtige Position der Amerikaner in Europa entstanden.

Gleichzeitig vollzog sich auch ein Wechsel von dem Vereinten Königreich zu den Vereinigten Staaten von Amerika als die hegemoniale Weltmacht. Der Wechsel von der Pax Britannica zur Pax Americana ging auch einher mit der entstehenden Zweiteilung der Welt im anbrechenden Kalten Krieg. In dieser Situation verstanden die Amerikaner die weltpolitische Signifikanz (West)europas wieder auf die Beine zu helfen, auch um Westeuropa als Bollwerk gegen den Kommunismus zu etablieren. Nach dem Zweiten Weltkrieg stand die neue Weltmacht USA vor den Überlegungen einer neuen Weltordnung und wie eine Friedensordnung für Europa so beschaffen sein kann, damit vom „alten" Kontinent nicht ein drittes Mal ein Krieg ausbrechen würde, in den die USA wieder hineingezogen werden würden. In diesem Unterkapitel soll der im vorherigen Unterkapitel bereits angeschnittene Wechsel von der Pax Britannica hin zur Pax Americana und dessen Implikationen für ein Europa nach dem Zweiten Weltkrieg analysiert werden. Wesentlich ist dieser Aspekt auch deswegen, weil die Vorstellungen über ein Nachkriegseuropa zwischen den USA und Großbritannien sehr unterschiedlich waren. Hier spielt die herausragende Rolle der USA eine wichtige Rolle bei der Durchsetzung von Konzepten für das Nachkriegseuropa, die den Briten widerstreben.

Um die Kontextualisierungsarbeit abzuschließen, soll auch noch kurz eine Geschichte europäischer Integrationsideen thematisiert werden. Das vielfältige Spektrum an europäischen

[4] Beate Neuss, Geburtshelfer Europas? die Rolle der Vereinigten Staaten im europäischen Integrationsprozess 1945-1958, 1. Aufl (Baden-Baden: Nomos, 2000), S. 26.

Integrationsideen, welches bereits im Mittelalter begonnen hat, soll hier in den Kontext dieser Arbeit gesetzt werden und zeigen, dass es bereits eine lange Geschichte an Ideen und Konzepten zur Einigung Europas gab, bevor diese in die Wirklichkeit nach dem Zweiten Weltkrieg umgesetzt wurden. Es soll aufgezeigt werden, dass die ideellen Grundlagen für den beispiellosen Weg der Europäischen Integration in Europa selbst geschaffen wurden, wenngleich auch die USA eine entscheidende Rolle darin gespielt haben. Treffend formuliert es Michael Gehler, „Europa-Konzepte erlebten nach 1945 ihre wirkmächtigste Institutionalisierung und damit auch die stärkste Konkretisierung“.[5] Die Fundamente für eine europäische Einigung wurden jedenfalls zumindest teilweise vor 1945 geschaffen und diese Fundamente gilt es hier für diese Arbeit etwas in den Kontext zu setzten.

Nach dieser Kontextualisierungsarbeit sollen die ersten europäischen Integrationsschritte näher betrachtet und analysiert werden sowie die Rolle der Vereinigten Staaten von Amerika darin näher beleuchtet werden. Der Startpunkt hierfür ist der Marshall-Plan, welcher unter der Administration Harry Trumans verabschiedet wurde, die im Allgemeinen als Impulsgeber für die europäische Integration betrachtet werden kann.[6] Unter seiner Führung konnte ein Paradigmenwechsel, verglichen mit der Roosevelt-Administration beobachtet werden, der die Zusammenarbeit mit der Sowjet Union noch in den Mittelpunkt gestellt hatte. Mit dem „One World“ Konzept von Roosevelt waren keine regionalen Zusammenschlüsse in Einklang zu bringen, daher gab es zu dieser Zeit auch noch keine amerikanischen Intentionen für einen europäischen Einigungsprozess. Unter Präsident Harry Truman bestimmte bald die Strategie des „Containment“ die Politik der USA, mit der auch die strategische Wichtigkeit eines geeinten Westeuropas im Kampf gegen den Kommunismus in den Mittelpunkt rückte. Mit dem Rollenwechsel der Sowjet Union von einem Agonisten zu einem Antagonisten und einem potenziellen Aggressor wurde Westeuropa ein völlig anderer Stellenwert durch die Truman-Administration zugewiesen. Voraussetzung dafür war aber der Wiederaufbau Europas, welcher mit dem „European Recovery Project“, dem sogenannten Marshall-Plan initiiert und erreicht werden sollte. Beate Neuss charakterisiert die erste Phase amerikanischer Europapolitik wie folgt: „Die Integration, die der amerikanischen Führung mit dem European Recovery Project vorschwebte, war die konzeptionelle Verschmelzung von ökonomischen und politisch-strategischen Zielen in Europa“.[7] Ein guter Startpunkt für die Analyse ist auch das berühmte Zitat von Lord Ismay, dem ersten NATO-Generalsekretär, der die Intention der

[5] Michael Gehler, Europa: Ideen, Institutionen,Vereinigung- Zusammenhalt, 3., komplett überarbeitete und erheblich erweiterte Auflage (Reinbek: Lau Verlag, 2017), S. 210.
[6] Beate Neuss, Geburtshelfer Europas?, S. 26f.
[7] Ebd. S. 48.

NATO wie folgt beschrieb: “keep the Russians out, the Germans down, and the Americans in”[8] das einige wichtige Aspekte der damals vorherrschenden Gemengelage auf den Punkt bringt. Die unterschiedlichen Motive und Rollen der wesentlichen Akteure sollen hier ebenfalls analysiert werden.

Anschließend soll das Zustandekommen der ersten supranationalen Organisation in der Geschichte, der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl näher analysiert werden. Auch hier stellt sich mir die Frage nach der Rolle der USA und europäischer Akteure, vor allem Frankreich und Deutschland in diesem Prozess. Darüber hinaus gilt es zu untersuchen, ob diese erste europäische Einigung, die als „Urkern“[9] oder „Gründerzeit“[10] der heutigen Europäischen Union verstanden werden kann, eine originär amerikanische Idee oder vielmehr als europäische Idee unter der Aussöhnung der beiden Erbfeinde Deutschland und Frankreich betrachtet werden kann. Dabei soll der Gründungsmythos einer Aussöhnung der beiden Staaten hinterfragt werden. Waren es nicht viel mehr Aspekte wie die USA und der beginnende Kalte Krieg sowie die Ost-West-Teilung Europas und später der Welt, die viel mehr als Erklärungsgrund zur Integration dienen? Die USA können in dieser Entwicklung als starker Förderer einer supranationalen Einigung bezeichnet werden. Interessant ist zudem auch die Frage, wie sich diese Rolle der USA in Europa bei den folgenden weiteren Integrationsschritten bis hin zu den Römischen Verträgen entwickelt hat und ob sie eine ähnlich prägende Rolle eingenommen haben wie in den ersten Integrationsschritten.

1.2 Methodik

Die methodische Herangehensweise umfasst im Wesentlichen eine intensive Literaturrecherche unterschiedlicher Arten von Quellen (analog, digital; zeitgenössische Literatur sowie Literatur der frühen europäischen Integrationsgeschichte). Dabei verwende ich verschiedene Tools von Google Scholar über das Onlineangebot der Universität Wien und der Wiener Bibliotheken bis hin zu herkömmlichen Büchern, Studien sowie wissenschaftliche Artikel.

[8] Geir Lundestad, The United States and Western Europe Since 1945 (Oxford University Press, 2003), https://doi.org/10.1093/0199266689.001.0001 , S. 8.
[9] Peter Fischer, Einführung in das institutionelle und materielle Europarecht - Skriptum Verfasst für den Universitätslehrgang „Europäische Studien“ (Wien, 2020) , S. 26.
[10] Michael Gehler, Europa, S. 216.

Grundlage für diese theoretische Arbeit ist sowohl das Werk von Beate Neuss, „Geburtshelfer Europas? Die Rolle der Vereinigten Staaten im europäischen Integrationsprozess“ als auch das Werk von Michael Gehler „Europa. Ideen-Institutionen-Vereinigung-Zusammenhalt“ sowie die Arbeit von Geir Lundestad „The United States and Western Europe Since 1945“. Zudem kommen zahlreiche andere Werke und Autoren hinzu, die sich mit der frühen Integrationsgeschichte in Europa beschäftigten, wie Wilfred Loth oder Gabrielle Clemens. Darüber hinaus aber auch die beiden Werke von Ian Kershaw, „Höllensturz: Europa 1914 bis 1949“ und „Achterbahn: Europa, 1950 bis 2017“, um den größeren Kontext vor allem des Kalten Kriegs miteinbeziehen zu können, welcher essenziell ist, um die europäische Integrationsgeschichte in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg verstehen zu können. Darum wird im Laufe dieser Arbeit immer wieder von der europäischen oder transatlantischen Ebene auf die weltpolitische Ebene gewechselt, da vor allem der Kalte Krieg und seine Entwicklungen für die europäische Integration eine nicht unwesentliche Rolle spielten.

Einigkeit in der Forschung zur amerikanischen Rolle im europäischen Integrationsprozess besteht hinsichtlich der Tatsache, dass seit dem Zweiten Weltkrieg die Unterstützung des europäischen Integrationsprozesses ein sich über die Jahrzehnte und Regierungen durchziehendes Kontinuum darstellt. Mit der zunehmenden Emanzipation Europas von den Vereinigten Staaten und dem Aufbau eines stärkeren Selbstverständnisses gab es jedoch auch immer wieder Konflikte beispielsweise in handels- oder sicherheitspolitischen Aspekten. Diese unterschiedlichen Ansichtspunkte zur zukünftigen Konzeption Europas stellen auch eine Konstante seit Beginn des amerikanischen Engagements in Europa dar. Weitgehender Konsens in der Forschung besteht auch darin, dass die Vereinigten Staaten nicht lediglich aus altruistischen Motiven im europäischen Integrationsprozess agierten, sondern ganz klar aus einem in führenden Politikerkreisen entwickelten Eigeninteresse. Was demgegenüber kontroverser bewertet wird, ist die Bedeutung der amerikanischen Rolle im Integrationsprozess. Während die Einschätzungen vom Geburtshelfer Europas nach Beate Neuss gehen, die die amerikanische Rolle im frühen Integrationsprozess als eine sehr starke und einflussreich einstuft, gibt es auch andere Ansichten, welche die Vereinigten Staaten nur als Förderer betrachten bis hin zu der Ansicht, die den Vereinigten Staaten jeglichen Einfluss auf den europäischen Einigungsprozess absprechen[11].

[11] Gabriele Clemens, Alexander Reinfeldt und Gerhard Wille, Geschichte der europäischen Integration, S. 73f, 81f und 296f.

Michael Gehler und sein Werk „Europa. Ideen-Institutionen-Vereinigung-Zusammenhalt“ zählen zu jenen, die die Wichtigkeit der Vereinigten Staaten in der europäischen Integrationsdynamik als Initiator und Wegbereiter anerkennen, aber gleichzeitig auch auf die europäische Dimension verweisen und dass ohne die Zustimmung der Europäer kaum ein Fortschritt erzielt hätte werden können. Untermauert wird das beispielsweise mit dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft an der französischen Nationalversammlung, obwohl die Vereinigten Staaten ihr gesamtes Gewicht für die Europäische Verteidigungsgemeinschaft in die Waagschale gelegt haben. Zudem verweist er immer wieder auf die Bedeutung des Kalten Krieges für die europäische Integration. Es gilt folglich festzuhalten, dass sich gegen als essenziell definierte Interessen europäischer Staaten und seiner politischen Führungskreise die amerikanischen Interessen und Politik nicht durchsetzen ließen. Der Integrationsdynamik nahm jedoch an Fahrt auf, wenn die Interessen der Vereinigten Staaten und europäischer Staaten konvergierten.

Eine ähnliche Position nimmt auch Geir Luundestad ein, der den Vereinigten Staaten ebenfalls eine bedeutende Rolle als Initiator und Förderer des europäischen Integrationsprozesses zuweist und darüber hinaus argumentiert, dass Westeuropa die Vereinigten Staaten sogar eingeladen hat, sich stärker in die europäischen Beziehungen einzubringen. Die Motivation dafür entsprang zahlreicher Bedürfnisse von europäischer Seite, die nur durch die Amerikaner adressiert werden konnten, wie unter anderem Unterstützung beim wirtschaftlicher Wiederaufbau aber auch Unterstützung gegen durchaus starke kommunistische Kräfte in einigen Staaten sowie später dann militärische Sicherheiten gegen befürchtete sowjetische Expansionsbestrebungen. Während jedoch Beate Neuss den Einfluss der Vereinigten Staaten in den 1960er Jahren schwinden sieht, betont Lundestad, den amerikanischen Einfluss auch darüber hinaus, allerdings in indirekterer Art und Weise als zuvor. Weitaus kritischer und weniger bedeutend sieht Alan Milward die Rolle der Vereinigten Staaten in den europäischen Integrationsbemühungen und meint, dass sich die Entwicklungen der europäischen Integration eigentlich konträr zu den amerikanischen Intentionen und Zielvorstellungen vollzogen.[12]

Die oben erwähnten Autoren sind sich auch einig in der Bedeutung des Marshall-Plans als Initialzündung für den europäischen Integrationsprozess und damit auch für die entscheidende Rolle der Vereinigten Staaten. Milward sieht aber genau darin eine Überbewertung der

[12] Ebd., S. 302-305.

amerikanischen Rolle. Die Vereinigten Staaten forderten eine supranationale Integration unter Abgabe nationalstaatlicher Souveränität, welche gegen die europäische Verharrung auf ihrer nationalen Souveränität jedoch nicht durchzusetzen war.[13]

Es wird deutlich, dass in gewissen Aspekten in der Forschung Einigkeit besteht, aber es auch noch einige umstrittene Punkte gibt, bei denen die Meinungen und Forschungsergebnisse zur Rolle der Vereinigten Staaten im europäischen Integrationsprozess divergieren.

2. Kontextualisierung

Die folgende Kontextarbeit wird in zwei Unterkapitel gegliedert sein. Im ersten Unterkapitel wird die Zeit vom Ersten Weltkrieg bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs vor dem Kontext dieser Arbeit analysiert. Es brauchte zwei Weltkriege, die Europa großflächig zerstörten und zusätzlich noch einen Kalten Krieg, um eine europäische Einigung hervorzurufen. Des Weiteren soll wie oben bereits erwähnt, der Wechsel vom britischen Hegemoniezyklus zum amerikanischen auf die Implikationen für die europäische Integration untersucht werden. Schließlich sollen auch noch europäische Einigungskonzepte aus dieser Zeit kurz thematisiert werden, die Einfluss auf die tatsächlich geschehene Einigung Europas nach dem Zweiten Weltkrieg hatten.

2.1 Europa am Boden und in Trümmern nach zwei Weltkriegen

„Es war, als erlebten wir einen absoluten Bruch in der Evolution der Menschheit, den völligen Untergang des Menschen als vernunftbegabtes Wesen“.[14]

So oder so ähnlich beschrieben viele Zeitzeugen die europäische Epoche zwischen 1914 und 1945. Ein in humaner Sicht völliger Stillstand der menschlichen Evolution breitete sich in diesen gut dreißig Jahren über den europäischen Kontinent aus, den zahlreiche Millionen von Menschen mit ihrem Leben bezahlen mussten. Ein bislang nicht gekanntes Ausmaß kriegerischer Gewalt offenbarte sich mit dem negativen Höhepunkt im Zweiten Weltkrieg.

[13] Ebd., S. 81.
[14] Heda Margolius Kováły, Eine Jüdin in Prag: unter dem Schatten von Hitler und Stalin, 1. Aufl (Berlin: Rowohlt, 1992). zit. nach Ian Kershaw, Höllensturz, S. 473.

Europäische Einigungsbewegungen gab es wie bereits eingangs erwähnt, seit dem Mittelalter und auch in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg. Diese fanden jedoch ein jähes Ende mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Zu dieser Zeit bestimmten noch monarchische Reiche wie das russische Zarenreich, die österreichisch-ungarische Habsburgermonarchie oder französische sowie die deutsche Monarchie die Geschicke Europas nach dem Konzept der Balance of Power vom Wiener Kongress 1814/15. Nichtsdestotrotz wurden auch zu dieser Zeit Konzepte für eine europäische Einigung entworfen, wie beispielsweise von Johann Kaspar Bluntschli, einem Juristen und Völkerrechtsprofessor, der für einen Bund souveräner Staaten plädierte. Dieses Konzept spiegelt den Fortschrittsoptimismus des späten 19. Jahrhunderts wieder und ist ein Kompromiss zwischen natürlichem Völkerrecht und Machtpolitik, zwischen Idealismus und politischem Realismus, zwischen Recht und Macht. Sein europäischer Staatenverein beruht auf souveränen Staaten ohne übergeordnete oder supranationale Instanz, aber mit repräsentativer Versammlung und gemeinsamer Gesetzgebung.[15] Dieser beschriebene Fortschrittsoptimismus endete jedoch mit dem Ersten Weltkrieg und unterbrach jegliche Konzepte und Ideenkonstrukte einer europäischen Einheit oder Kooperation.

Der Erste Weltkrieg endete mit Millionen von Toten und dem Auseinanderbrechen großer Reiche wie dem Habsburger Reich. Ein wesentliches Ergebnis des Krieges war das Entstehen einer neuen europäischen Ordnung, basierend auf dem Prinzip des Nationalstaates, von denen viele instabil waren. Zudem wurde auf der Pariser Friedenskonferenz versucht, die europäische Staatenordnung rund um den neu gegründeten Völkerbund aufzubauen. Er sollte zukünftige Kriege verhindern und die Kooperation unter den Staaten fördern. Trotz seiner globalen Ausrichtung war der Völkerbund eine europäische Organisation, auch aufgrund der Tatsache, dass die USA unter Präsident Woodrow Wilson als besonderer Förderer dieses Unterfangens nicht beigetreten sind. Guido Thiemair beschreibt den Völkerbund zudem als „in vielerlei Hinsicht die Fortsetzung und Weiterentwicklung des auf dem Wiener Kongress über hundert Jahre zuvor etablierten „Europäischen Konzerts“ der Mächte“.[16] Die USA zogen sich nach dem Ende der Kriegshandlungen aus Europa zurück und überließen das europäische Schicksal den Europäern. Später wird sich herausstellen, dass dieser Rückzug aus Europa in der amerikanischen Politik als Fehler bezeichnet wurde. Doch die USA haben zu diesem Zeitpunkt ihre Rolle als aufstrebende weltweite Hegemonialmacht noch nicht akzeptieren und

[15] Georg Cavallar, „Europapläne im historischen Kontext vor 1945“ (Lehrveranstaltung, Wien, Wintersemester 2020), S. 93f.
[16] Guido Thiemeyer, Europäische Integration: Motive - Prozesse - Strukturen, UTB Geschichte, Politikwissenschaft 3297 (Köln: Böhlau, 2010), S. 39.

einnehmen wollen und sich in Isolationismus zurückgezogen, wie im folgenden Unterkapitel zur Pax Americana näher ausgeführt wird.

Auch wenn der Völkerbund eine eher negative Bilanz aufzuweisen hat, mit dem Aufkommen des Faschismus und Nationalismus sowie einem zweiten viel tödlicheren Krieg, kann hinsichtlich der europäischen Integration auch ein positiver Aspekt konstatiert werden. Im Rahmen des Völkerbunds wurde das Vertragskonstrukt von Locarno 1925 verabschiedet, der in der europäischen Ordnung der damaligen Zeit eine wichtige Rolle spielte. Grundsätzlich wird es als die Basis des deutsch-französischen Ausgleichs betrachtet und entwickelte darüber hinaus auch eine europäische Dimension, nachdem mit dem Beitritt Italiens und Großbritanniens als Garantiemächte ein multilaterales Abkommen entstand. Es entstand auch die Idee, die Beratungen von Locarno zu institutionalisieren und im Rahmen des Völkerbundes eine permanente Organisation zu schaffen, um gemeinsame Anliegen diskutieren zu können sowie eine gemeinsame institutionalisierte Gesprächsbasis zu schaffen. Hierin lässt sich der Gedanke einer europäischen Integration deutlich erkennen.[17]

Dieser Gedanke einer europäischen Kooperation oder gar Integration hatte in der Zwischenkriegszeit aufseiten Frankreichs und Deutschland zwei herausragende Persönlichkeiten und Treiber. Auf französischer Seite Aristide Briand und auf deutscher Seite Gustav Stresemann, die beide auch maßgeblich an den Verträgen von Locarno beteiligt waren und dafür gemeinsam den Friedensnobelpreis erhielten. Beispielsweise wurde über eine europäische Zollunion zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich als Kernländer intensiv diskutiert. Briand präsentierte 1930 auch seinen Vorschlag eines Memorandums über die Errichtung einer Europäischen Union. Er war eine der ersten Persönlichkeiten in der Geschichte europäischer Integrationspläne, die tatsächlich auch in einer führenden Regierungsposition waren. Ihm schwebte eine europäische Konföderation in enger Kooperation mit dem Völkerbund vor, unter Beibehaltung voller Souveränität der Mitgliedsstaaten. Die Motive waren pazifistischer Natur, um die sicherheitspolitische Frage in Europa zu klären, aber auch wirtschaftlich sollte Europa neu geordnet werden, ein gemeinsamer Markt und eine gemeinsame Währung geschaffen werden. Diese Vorschläge kamen allerdings zu spät und scheiterten aus vielfachen Gründen, wie unter anderem an dem Tod seines deutschen Partners Stresemann 1929, einem Memorandum mit zahlreichen Kompromissen und Ambiguitäten und einer vagen Terminologie aus Angst vor der

[17] Ebd., S. 40.

Souveränitätsfrage, aber auch aufgrund größerer Ereignisse wie der Weltwirtschaftskrise als auch der sich radikalisierenden politischen Gesamtstimmung in Europa.[18]

Denn es darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass das europäische Staatensystem in der Zwischenkriegszeit als anarchisch eingestuft werden muss, indem das dominierende Prinzip das „Sacro Egoismo" war und die Eigeninteressen der Großmächte im Vordergrund standen. Spätestens nach 1929 waren kooperative und integrative Ansätze irrelevant. Das zeigt sich zunehmend nicht nur auf politischer, sondern auch auf wirtschaftlicher Ebene. Die Zwischenkriegszeit ist für ihren weltweiten Protektionismus bekannt, mit massiv erhöhten Zöllen, Devisenkontrollen sowie weiterer protektionistischer Handelsbeschränkungen, im Übrigen ausgehend von den Vereinigten Staaten von Amerika mit der Einführung der Smooth-Hawley Zöllen 1930, gefolgt von ausgleichenden Maßnahmen amerikanischer Handelspartner.[19] Es kann eine gewisse Ambivalenz in politischer wie wirtschaftlicher Hinsicht festgestellt werden. Einerseits erfuhr die europäische Einigungsbewegung nach dem Ersten Weltkrieg vor allem durch Briand und Stresemann, aber auch durch die Pan-Europa-Union des österreichisch-japanischen Politikers Richard Coudenhove-Kalergi Aufwind und es wurden zahlreiche politische Einigungsentwürfe präsentiert. Ab 1930 verschwanden solche Ideen jedoch und ein fundamentaler politischer Kurswechsel der deutschen Politik in Richtung direkten Revisionismus zeichnete sich ab. Diese Ambivalenz lässt sich auch in ökonomischer Hinsicht wahrnehmen. Die wirtschaftliche Verknüpfung vor dem Ersten Weltkrieg konnte in der Zwischenkriegszeit nicht wieder etabliert werden, im Gegenteil seit der Weltwirtschaftskrise 1929 ging diese massiv zurück. Andererseits entstanden internationale Stahlkartelle wie die „Entente Internationale de l`Acier" als Zeichen einer transnationalen europäischen Wirtschaftspolitik. Doch der Weg zur Rückkehr zu einer radikaleren Politik war mit dem Tod Stresemanns und dem schwindenden Einfluss von Briands vorgezeichnet, nachdem keine der Einigungsideen in die Tat umgesetzt werden konnten.[20] Bereits zu Beginn der Weltwirtschaftskrise sind einige Staaten in Europa dem Autoritarismus verfallen oder waren kurz davor. Mit der wirtschaftlichen Krise verschlechterte sich die demokratische Situation weiter. Mit dem Fall der Demokratie in Deutschland fiel auch ein essenzieller Schutz des Friedens und der Stabilität in Europa. 1939

[18] Georg Cavalar, Europapläne im historischen Kontext vor 1945, S. 118f. Wilfried Loth, Der Weg nach Europa: Geschichte der europäischen Integration 1939-1957, Kleine Vandenhoeck-Reihe 1551 (Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1990).
[19] Ralph Janik, „Legal Aspects of the Globalization of World Trade – European and Universal Institutions" (Lehrveranstaltung, Wien, 2020), S. 17.
[20] Guido Thiemair, Europäische Integration, S. 40ff. Wilfred Loth, Der Weg nach Europa, S. 11ff.

lebten in Europa mehr Leute in Diktaturen als in Demokratien und die Worte von Marshall Foche über den Vertrag von Versailles, „das ist kein Frieden, sondern ein Waffenstillstand auf zwanzig Jahre“[21] sollten bald Wirklichkeit werden.

Der Zweite Weltkrieg sollte als völlig industrialisierter Krieg noch viel tödlicher und zerstörerischer werden als der erste mit etwa vier Mal so vielen Todesopfer wie im Ersten Weltkrieg. Die Zahl der zivilen Todesopfer war vor allem viel höher als im Krieg zuvor. Ian Kershaw bezeichnet den Krieg als „Europas Armageddon“.[22] Entwickelt hat sich dieser Zweite Weltkrieg innerhalb von nur einer Generation auch aufgrund Verfehlungen nach dem Ersten Weltkrieg, die den gesamten Kontinent in Aufruhr und Polarisierung versetzten. Ein extrem radikales Klima entstand aus einer Kombination von nationalistischen, ethnischen und Klassenhass, aus der das faschistische Regime rund um Adolf Hitler aufsteigen und große Teile Europas unter seine diktatorische Herrschaft bringen konnte. Dabei war der Erste Weltkrieg noch nicht verarbeitet und die Länder Europas nach der Weltwirtschaftskrise auch ökonomisch noch nicht bereit für einen erneuten Krieg. Doch das faschistische Deutschland musste besiegt werden für eine friedliche und demokratische europäische Zukunft, und so entwickelte sich der Zweite Weltkrieg zum völligen Zusammenbruch der europäischen Zivilisation und zu dem extremsten Aufeinanderstoßen ideologischer, politischer, ökonomischer und militärischer Kräfte, die sich im Laufe des zwanzigsten Jahrhunderts nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges gebildet hatten. Das Ende des Zweiten Weltkrieges stellte auch einen Abschluss, ein Ende des Vermächtnisses des Ersten Weltkrieges dar. Das Europa nach dem Zweiten Weltkrieg ist ein völlig verändertes, eine neue Zeit hat mit diesem zivilisatorischen Tiefpunkt begonnen. Zu dieser Zeit war es unvorstellbar, dass bald nach dem Krieg die Konfrontation der Kooperation zumindest in Westeuropa wich, und Fehler, die nach dem Ersten Weltkrieg gemacht wurden, die dazu beitrugen, den Zweiten Weltkrieg auszulösen, vermieden wurden und der Weg für eine friedliche, kooperative Zukunft geebnet wurde.[23]

Das Ende des Zweiten Weltkrieges brachte auch das Ende der sich nach dem Ersten Weltkrieg entwickelnden und untereinander konkurrierender ideologischen Trias aus liberaler Demokratie, Kommunismus und Faschismus. Letzterer hatte durch den Krieg jegliche Bedeutung und Legitimität verloren. Übrig blieben nur mehr die liberale Demokratie und der Kommunismus, die sich bald als rivalisierende politische Systeme konfrontativ

[21] Ian Kershaw, Höllensturz, S. 139.
[22] Ebd., S. 474.
[23] Ebd., S. 473 ff.

gegenüberstehen und erheblichen Einfluss auf die Geschichte der europäischen Integration ausüben sollten. Während der Erste Weltkrieg die Auflösung zahlreicher Reiche mit sich brachte und durch instabile Nationalstaaten ersetzte, brachten die Entwicklungen am Ende des Zweiten Weltkrieges eine Beibehaltung des nationalstaatlichen Prinzips. Trotz zahlreicher Tendenzen vom Prinzip der nationalstaatlichen Ordnung abzuweichen und die Spaltung Europas entlang der ideologischen Blöcke unter den Einflusssphären der Siegermächte Vereinigte Staaten und Sowjetunion blieb das nationalstaatliche Prinzip vorherrschend. Der Erste Weltkrieg endete außerdem mit der russischen Revolution und Bürgerkrieg, der die ideologische Spaltung in der Zwischenkriegszeit und danach hervorgerufen hat als auch mit dem Rückzug der Vereinigten Staaten aus Europa und seinen Angelegenheiten in den Isolationismus. Das Ende des Zweiten Weltkrieges brachte die unausweichliche Ausweitung – als Siegermacht - der sowjetischen Einflusssphäre nach Westen bis nach Deutschland. Darüber hinaus zogen die Vereinigten Staaten, die zum zweiten Mal innerhalb einer Generation einen europäischen Krieg beendet hatten, dieses Mal nicht ab und festigten als aufgestiegene weltweite Supermacht ihre mächtige Position und Interessen in Europa, um nicht erneut in einen europäischen Krieg hinein gezogen zu werden. In den USA setzte sich die Meinung durch, dass der Rückzug 1919 aus Europa ein Fehler war, den man mit dem erneuten Kriegseintritt im Zweiten Weltkrieg teuer bezahlen musste. Dieses Mal sollte dieser Fehler vermieden und an der europäischen Nachkriegsordnung, gestärkt durch die weltweite militärische und ökonomische Machtposition, Einfluss genommen und eine stabile Friedensordnung etabliert werden.[24]

Europa nach dem Zweiten Weltkrieg zeigte sich von einer völligen anderen Seite als nach dem Ersten Weltkrieg. Von gesamteuropäischer Einigung war bald aufgrund der mächtigen Position der Sowjetunion als Siegermacht keine Rede mehr, und die Zweiteilung in allen Belangen Europas wurde in den Jahren unmittelbar nach dem Krieg immer deutlicher. Es wurde zudem offenbar, dass über eine europäische Nachkriegsordnung nicht mehr ohne die beiden Siegermächte USA und Sowjetunion zu entscheiden war und dass das Problem der Friedenssicherung sich von der europäischen auf die internationale Ebene verlagerte. Bald bestimmte der Kalte Krieg zwischen den beiden Siegermächten die Geschicke in Europa. Nicht zu übersehen war ebenfalls, dass das ehemalige Konzert der europäischen Großmächte nicht mehr existierte. Großbritannien war durch den Krieg wirtschaftlich massiv geschwächt und seine weltweite Großmachtstellung bröckelte an allen Stellen mit zahlreichen Kolonien,

[24] Ian Kershaw, Höllensturz, S. 548-550. Beate Neuss, Geburtshelfer Europas, S. 26-29.

die die Unabhängigkeit suchten und auch fanden. Ähnlich erging es dem französischen Weltreich, das anders als Großbritannien von Deutschland 1940 erobert wurde. Trotz der Résistance hatte der französische Nationalstolz massiv darunter gelitten und auch die französischen Kolonien drängten auf die Unabhängigkeit. Beiden Reichen war eine koloniale Überdehnung anzumerken, die den Niedergang der ehemaligen Weltreiche bedeuteten. Deutschland, das im Gegensatz zu nach dem Ersten Weltkrieg völlig besiegt und vernichtet war, existierte nach dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Es hat seine Souveränität vollständig verloren und wurde in vier Besatzungszonen aufgeteilt, die die Angelegenheiten regelten. Zu der Aufteilung Deutschlands in vier Besatzungszonen kam noch hinzu, dass sich der wie vom britischen Premierminister Winston Churchill beschriebene „iron curtain", die Teilung Europas in amerikanische und sowjetische Einflusszone durch das ehemalige Deutschland vollzog. Eine deutsche Einigung nach Wiedererlangung der Souveränität, irgendwann bald nach dem Krieg, war damit auch ein Riegel vorgeschoben.[25]

Die Zeit des Zweiten Weltkriegs kann auch als Zeit reger Diskussion einer europäischen Nachkriegsordnung in Form von europäischer Integration beschrieben werden. Eine dauerhafte Friedensordnung in Europa konnte nach Ansicht vieler Widerstandsgruppen nur durch einen europäischen Zusammenschluss unter Abgabe nationaler Souveränität erreicht werden. Es entwickelten sich besonders viele Konzepte unterschiedlicher Gruppierungen hinsichtlich einer föderativen Neuordnung Europas nach dem Zweiten Weltkrieg, die alle für eine Abgabe nationalstaatlicher Souveränität an eine übergeordnete Instanz plädierten. Der französische Premierminister Leon Blum erkannte dies bereits 1941 und meinte „um den Widerspruch zu lösen, um die Unschädlichkeit Deutschlands in einem friedlichen und gesicherten Statut zu erreichen, gibt es (...) einen einzigen Weg: die Eingliederung der deutschen Nation in eine internationale Gemeinschaft".[26] Dennoch ging das Ende des Krieges einher mit der Restauration der Nationalstaaten in Europa. Zweifellos waren die vornehmlich im Widerstand entworfenen Pläne zur Neuordnung Europas ein wichtiger Faktor in der Einigungsbewegung nach dem Krieg und beeinflussten die Entscheidungsträger und Initiativen der nahen Zukunft.[27]

Die amerikanische Europapolitik war nach dem Ersten Weltkrieg geprägt von dem Rückzug aus Europa und einem Isolationismus, der auch zum Protektionismus der Zwischenkriegszeit

[25] Ian Kershaw, Höllensturz, S. 548-550. Wilfred Loth, Der Weg nach Europa, S. 18-21.
[26] Wilfred Loth, Der Weg nach Europa, S. 19.
[27] Gabriele Clemens, Alexander Reinfeldt, und Gerhard Wille, Geschichte der europäischen Integration: ein Lehrbuch, UTB Geschichte 3097 (Paderborn: Schöningh, 2008), S. 51-52.

beigetragen hat, und zu einem erneuten Eingreifen der Vereinigten Staaten in einen europäischen Krieg, zur weltweiten Friedenssicherung und Durchsetzung der Demokratie sowie Niederschlagung deutscher Hegemoniebestrebungen. Die Überzeugung setzte sich in den Vereinigten Staaten durch, dass der Abzug nach dem Ersten Weltkrieg ein Fehler war, der nach dem Zweiten Weltkrieg nicht wiederholt werden durfte. Dieses Mal rückte man nicht vorzeitig aus Europa ab, sondern machte seinen Einfluss als Besatzungsmacht und aufstrebende Weltmacht in der Neugestaltung Europas und Deutschland geltend. Die amerikanischen Überlegungen für eine friedliche Nachkriegsordnung fokussierten sich auf Deutschland, von wo aus die Amerikaner zwei Mal in einen Krieg gezogen wurden. Auch in den Vereinigten Staaten gab es bis 1943 Überlegungen einer föderativen Neuordnung Europas nach dem Krieg, welche aber auch aufgrund der ablehnenden Haltung der Sowjetunion und der zum damaligen Zeitpunkt noch angestrebten Kooperation mit der Sowjetunion wieder verworfen wurden. Generell bestimmte unmittelbar nach dem Krieg unter der Präsidentschaft Franklin Roosevelts nicht die Konfrontation, sondern die Kooperation mit der Sowjetunion die amerikanische Außenpolitik, unter der sich eine amerikanische Europapolitik unterordnen musste. Unter ihm wurde das „one world“ Konzept verfolgt. Er verfolgte damit das Ziel einer globalen Balance of Power und der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, wo regionale Integrationsentwicklungen wie eine europäische Integration weniger in das Konzept passten. Dementsprechend gingen auch keine Impulse für eine europäische Einigung von der Regierung Franklin Roosevelt aus. Er war sogar bereit, im Sinne einer globalen Machtbalance in Angelegenheiten des europäischen Kräftespiels nachzugeben, um die Sowjetunion zur Kooperation einzuladen. Zudem war ein baldiger Rückzug amerikanischer Truppen aus Europa vorgesehen. Unter der Führung von Franklin Roosevelt wurde Europa der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion untergeordnet. Das universalistische Konzept der Regierung Franklin Roosevelt rund um die neugegründete weltweite Organisation der Vereinten Nationen zur Friedenssicherung und Zusammenarbeit mit der Sowjetunion ließen nur wenig bis keinen Spielraum für einen europäischen Zusammenschluss, den auch die Sowjetunion ablehnte. Trotz zahlreicher Interventionen, unter anderem von Richard Coudenhove-Kalergi oder Winston Churchill und die Unterstützung des späteren amerikanischen Außenministers John Foster Dulles für einen föderativen Charakter des Nachkriegseuropa, gingen von der Administration Franklin Roosevelt keine Impulse mehr für eine Integration europäischer Nationalstaaten aus. Eine Politik der Einfluss- und Interessensphären wies Franklin Roosevelt ebenfalls zurück. Ein wegweisender

Paradigmenwechsel sollte sich bald nach dem Tod Franklin Roosevelt unter der neuen Administration vollziehen.[28]

Doch bevor weiter die amerikanische Europapolitik nach dem Zweiten Weltkrieg analysiert werden soll, gilt es zuerst kurz die mächtige Stellung und Ablösung von Großbritannien als Weltmacht zu analysieren und zu kontextualisieren.

2.2 Aufstieg der USA als Weltmacht – Von der Pax Britannica zur Pax Americana

Mit dem Wechsel des weltweiten Hegemoniezykluses von Großbritannien zu den Vereinigten Staaten ging auch das Ableben einer europäischen Macht als global dominante einher. Seit der Neuzeit entwickelten sich Spanien, Portugal und Holland als Weltreiche, bevor gegen 1688 Großbritannien die weltweite Hegemonieposition innehatte. Höhepunkt des britischen Weltreiches war nach dem Wiener Kongress von 1814/15 bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Diese Epoche wird auch als Pax Britannica bezeichnet und markiert den Höhepunkt britischer Dominanz des Weltgeschehens. Basierend auf seiner enormen Industrieproduktion entwickelte sich das britische Imperium zur politisch und ökonomisch führenden Kraft, die mit ihrer Flotte die internationalen Handelswege kontrollierte und den Übergang zur liberalen Außenwirtschaftspolitik einleitete. Charakteristisch für dieses britische Jahrhundert war auch die Abwesenheit größerer Kriege in Europa mit einigen wenigen Ausnahmen wie dem Krimkrieg oder 1870 der Krieg zwischen Frankreich und Preußen.[29] Interessanterweise argumentiert Charles Kindelberger mit dem Fehlen einer weltweiten stabilisierenden Führungsmacht in der Zwischenkriegszeit als wichtigen Aspekt für den Weg in den Zweiten Weltkrieg in den 1930er Jahren.[30] Und tatsächlich vollzog sich in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen der Untergang des britischen Imperiums und der gleichzeitige Aufstieg der USA als führende Weltmacht, der sich endgültig jedoch erst nach dem Zweiten Weltkrieg herauskristallisierte. Die Zwischenkriegszeit kann als eine Zeit des Übergangs von einem zum anderen Weltreich eingeordnet werden, auch weil die Vereinigten

[28] Beate Neuss, Geburtshelfer Europas, S. 26-29. Hajo Holborn, „American Foreign Policy and European Integration“, World Politics 6, Nr. 1 (Oktober 1953): 1–30, https://doi.org/10.2307/2009076, S. 4.
[29] Ulrich Brand, „Weltpolitik und Weltwirtschaft: Historische Perspektiven: Vom Wiener Kongress bis 1918“ (Lehrveranstaltung, Wien, 2017).
[30] Charles Poor Kindleberger, The World in Depression, 1929-1939: 40th Anniversary of a Classic in Economic History, 40. anniversary edition (Berkeley: University of California Press, 2013) , zit. n. Geir Lundestad, The US and Western Europe since 1945, S. 28f.

Staaten ihre sich bereits entwickelnde exponierte Rolle nach dem Ersten Weltkrieg noch nicht wahrnehmen wollten und sich in den Isolationismus zurückzogen. Gehler beschrieb den Prozess zur Pax Americana treffend als „Aufbruch 1917/18“ und „Durchbruch zur Supermacht 1944/45“.[31] Amerika war nach dem Durchbruch bereit, die Rolle zu spielen, die seine wirtschaftliche Macht schon so lange und seine militärische Macht jetzt so deutlich signalisierte.

Nach dem Zweiten Weltkrieg haben die Vereinigten Staaten die Rolle als neue führende Weltmacht angenommen und wurden zum Zentrum der internationalen Finanzwelt und des Weltwirtschaftssystems, welches sich unmittelbar nach dem Krieg mit dem Abkommen von Bretton Woods sowie internationaler Organisationen wie dem Internationalen Währungsfonds oder der Weltbank als auch dem „General Agreement on Tariffs and Trade“ (GATT) etablierte und für Stabilität im Weltwirtschaftssystem sorgen sollte. Dadurch sollte auch eine erneute Depression und der Zusammenbruch der Weltwirtschaft wie in der Zwischenkriegszeit verhindert werden. Die amerikanische Überlegenheit basierte vor allem auf ideologischen, militärischen als auch ökonomischen und technologischen Gesichtspunkten. 1945 war die hegemoniale Stellung der Vereinigten Staaten größer als jene des britischen Imperiums jemals. Die Vereinigten Staaten produzierten ungefähr fünfzig Prozent der Weltgüter oder ungefähr so viel wie die restliche Welt zusammen. Im Jahr 1950 hielten die USA 49,8 Prozent des weltweiten Währungsgoldes, der Währungsreserven und der IWF-Reserven. Außerdem verfügten sie mit nur sechs Prozent der Weltbevölkerung über 46 Prozent der elektrischen Energie der Welt, amerikanische Unternehmen kontrollierten 59 Prozent der gesamten Ölreserven der Welt und produzierte hundert Mal mehr Autos als die Sowjetunion und acht Mal so viele wie Deutschland, Großbritannien und Frankreich zusammen. Während die Industrien in Europa während des Zweiten Weltkrieges großteils zerstört waren, konnten im Gegenzug die amerikanischen florieren und auch europäische Staaten beliefern. Während die Europäer große Teile ihrer Ressourcen für den Krieg aufbringen mussten, konnten die Vereinigten Staaten einerseits als Hauptmateriallieferant der Koalition gegen Deutschland und andererseits durch die weitgehende Abwesenheit Europas vom Weltmarkt ihr Produktionsvolumen massiv ausweiten. 40 Prozent der weltweiten Rüstungsgüter wurden 1944 von den Vereinigten Staaten hergestellt und das jährliche Wirtschaftswachstum lag bei fünfzehn Prozent.[32] Auch wenn der Niedergang des britischen Imperiums wohl bis heute noch nicht vollkommen überwunden scheint, stellt 1947 der

[31] Michael Gehler, Europa, S. 568.
[32] Ian Kershaw, Höllensturz, S. 577.

britische Außenminister Bevin bereits fest, dass die Vereinigten Staaten in einer Position sind, in der sich Großbritannien nach den Napoleonischen Kriegen befand. Dieser Vergleich ist insofern interessant, als beide Länder einen triumphalen Krieg hinter sich hatten, ihre technologischen Revolutionen richtig Fahrt aufgenommen hatten, die Konkurrenten durch den Krieg erschöpft waren und beide die Weltmärkte mehr oder weniger kontrollieren konnten. Es können hier also durchaus Parallelen zwischen der Pax Britannica und der Pax Americana gezogen werden.[33]

Das nach dem Zweiten Weltkrieg entstandene Machtvakuum mit der Niederlage Deutschlands sowie eines massiv geschwächten Großbritanniens, welches kurz vor dem Bankrott stand und sein Imperium nicht mehr verwalten konnte und deswegen abhängig von den Vereinigten Staaten war, und einem Frankreich, das ebenfalls seine Position als Großmacht im Laufe des Krieges verloren hat, wurde einerseits von den Vereinigten Staaten als auch von der Sowjetunion gefüllt. Die Vereinigten Staaten hatten eine unangefochtene wirtschaftliche Macht. Um ihre wirtschaftliche Schwäche gegenüber den Vereinigten Staaten auszugleichen, versuchte die Sowjetunion im sich anbahnenden Kalten Krieg ihre militärische Stärke aufrechtzuerhalten und die ideologische und politische Dominanz in der Einflusssphäre durchzusetzen, die sie in Osteuropa errichtet hatte.[34] Beide Seiten versuchten ihre universalistische Ideologie in Europa durchzusetzen und die entstehende Zweiteilung Europas entwickelte sich unausweichlich als Folge des Zweiten Weltkrieges und der Eroberung Europas durch zwei ideologisch und politisch so konträre neue Weltmächte. Dies führte zur Etablierung der amerikanischen Einflusssphäre in Westeuropa und der sowjetischen in Osteuropa. Die Vereinigten Staaten stiegen darüber hinaus im Laufe des Krieges zur weltweit führenden Militärmacht auf, während die Sowjetunion zur stärksten Militärmacht auf dem europäischen Kontinent heranwuchs. Die Vereinigten Staaten untermauerten ihre militärische Stärke vor allem mit der Erfindung und dem erfolgten Einsatz der Atombombe, wohingegen die sowjetische Militärmacht sich auf konventionelle Gesichtspunkte stützte, hauptsächlich der immensen Truppenstärke. Europa, der alte Kontinent, büßte damit den Großteil seines Einflusses in der Weltpolitik ein und fand sich selbst zunehmend in der Verfügungsgewalt der beiden Hauptsieger des Krieges, den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion.[35]

[33] Geir Lundestadt, The US and Western Europe since 1945, S. 28ff. Michael Gehler, Europa, S. 220f.
[34] Joseph M. Siracusa und Hang Thi Thuy Nguyen, Richard M. Nixon and European Integration: A Reappraisal, 1st ed. 2018 (Cham: Springer International Publishing : Imprint: Palgrave Macmillan, 2018), https://doi.org/10.1007/978-3-319-75662-2., S. 85-87.
[35] Wilfred Loth, Weg nach Europa, S. 15.

Das 20. Jahrhundert kann daher als das amerikanische Jahrhundert bezeichnet werden, geprägt von dem Aufbruch als globale Supermacht 1917/18 nach dem Ersten Weltkrieg bis hin zum Durchbruch zur Supermacht 1944/45 nach dem Zweiten Weltkrieg. Der Aufstieg der Vereinigten Staaten ging dabei mit dem Abstieg Europas beziehungsweise europäischer Staaten einher oder anders formuliert mit der „Selbstentmachtung des vordem mächtigsten Kontinents".[36] Der Wiederaufstieg Westeuropas und die Integration westeuropäischer Staaten wurden dann nach dem Zweiten Weltkrieg erst mit amerikanischer Hilfe ermöglicht, vor dem Hintergrund des sich entwickelnden Kalten Kriegs.

3. Hauptteil – Aufstieg Europas aus den Trümmern

„If Eurasia came under Soviet domination either through military conquest or political and economic "assimilation", America's only potential adversary would fall heir to enourmous natural resources, industrial potential and manpower".[37]

Die Einsicht, die die militärische Führung der Vereinigten Staaten bereits unmittelbar nach dem Krieg hatte und die an dem Zitat erkennbar wird, fand jedoch unter der Regierung Franklin Roosevelt, wie weiter oben bereits erwähnt keinen Niederschlag in der Politik. Es wurden zwar Überlegungen in der Roosevelt-Administration zur Eindämmung der sowjetischen Bestrebungen durch ein Zusammengehen mit nicht-kommunistischen Staaten Europas angestellt, diese wurde aber schnell wieder vor dem universalistischen Konzept der Vereinten Nationen und der Kooperation mit der Sowjetunion verworfen. Im Nachhinein betrachtet sollte sich der Tod des amerikanischen Präsidenten Franklin Roosevelt und dem damit einhergehenden Paradigmenwechsel der neuen Administration rund um Präsident Harry Truman als Initialzündung für den europäischen Integrationsprozess erweisen und die oben dargestellten Ansichten des Militärs stärkeren Einfluss in die politischen Entscheidungen finden. Festzuhalten bleibt, dass das Fazit der unschlüssigen Politik unter der Regierung Franklin Roosevelt, der Zick-Zack-Kurs zwischen idealistischer Konzeption und der Realpolitik eine „policy of postponement"[38] erzeugte, die weder ein stringentes Konzept für

[36] Walter Lipgens, Hrsg., 45 Jahre Ringen um die Europäische Verfassung: Dokumente, 1939-1984: von den Schriften der Widerstandsbewegung bis zum Vertragsentwurf des Europäischen Parlaments (Bonn: Europa Union Verlag, 1986), S. 21. zit. nach Michael Gehler, Europa, S. 636.
[37] Beate Neuss, Geburtshelfer Europas, S. 30.
[38] Beate Neuss, Geburtshelfer Europas, S. 29.

das Nachkriegsdeutschland noch Europa bereit hatte.[39] Dies sollte sich bald in der neuen Administration Truman ändern.

3.1 Erste Integrationsschritte unter Federführung der Vereinigten Staaten von Amerika?

Noch bevor der Marshall-Plan existierte, gab es bereits einige andere Initiativen zur Linderung der Situation im großflächig zerstörten Nachkriegseuropa. So konnten die unmittelbar nach dem Krieg gegründeten Vereinten Nationen bereits früh in Aktion treten und über die Nothilfe- und Wiederaufbauverwaltung der Vereinten Nationen, welche bereits 1943 gegründet wurde, aktiv werden. Darüber hinaus wurde 1947 die Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen gegründet, um den Wiederaufbau der Volkswirtschaften in Europa zu unterstützen. Dies waren noch Initiativen, welche auf einen gesamteuropäischen Wiederaufbau abzielten. Die Entwicklungen des Kalten Krieges machten solche Konzepte jedoch bald zunichte. Mit der gescheiterten Außenministerkonferenz im März und April 1947 in Moskau sowie der Truman-Doktrin deutete sich der Kalte Krieg immer weiter an und manifestierte sich endgültig mit der Konsolidierung der von Moskau kontrollierten kommunistischen Regierungen in Ost- und Mitteleuropa, dem kommunistischen Putsch in Prag im Februar 1948 und der sowjetische Blockade West-Berlins. Damit kristallisierte sich auch die Zweiteilung Europas heraus und gesamteuropäische Wiederaufbauprogramme wurden obsolet.[40]

Trotzdem war das „European Recovery Program" (ERP) auch bekannt unter Marshall-Plan, benannt nach dem damaligen amerikanischen Außenminister, ein Wiederaufbauprogramm für den gesamten Kontinent einschließlich der Sowjetunion. In der ersten Hälfte des Jahres 1947 verstärkte sich zunehmend die Ansicht in der amerikanischen Administration, dass Europa auf dem Weg in eine massive wirtschaftliche und soziale Krise ist, die auch die Vereinigten Staaten betreffen würde. Eine wirtschaftlich wie politische Krisensituation in Europa hätte nicht nur weitreichende Konsequenzen auf die Sicherheit und den zukünftigen Weltfrieden, sondern auch auf die amerikanische Wirtschaft. Außerdem war die Befürchtung groß, dass eine solche Krisensituation Europa empfänglicher für radikale Ideologien wie den Kommunismus machen würde. Diese „empty stomache" These und damit auch der Marshall-

[39] Ebd., S. 26-29.
[40] Peter Calvocoressi, World politics since 1945, 9th ed (Harlow, England ; New York: Pearson Longman, 2009)., S. 157ff. Nguyen Thi Thuy Hang, US and European Integration prior to 1968, S. 85.

Plan wurde von zahlreichen amerikanischen Wirtschafts- und Gesellschaftsgruppierungen unterstützt, wie der „American Federation of Labor“ oder der „National Association of Manufaturers“, die den Aufbau der zerstörten europäischen Industrien forderten. Der lange und harte Winter in Deutschland 1946/47 einschließlich grassierenden Hungers, erster Demonstrationen und Unruhen unterstrich diese Position.[41] Mit eindringlichen Worten warnte Wiliam Clayton, Unterstaatssekretär für Wirtschaftsfragen im State Department und einer der Architekten des Marshall-Plans: „markets for our surplus production gone, unemployment, depression, a heavily unbalanced budget on the background of a mountainous war debt“.[42] Die Notwendigkeit eines amerikanischen Eingreifens zum Wiederaufbau in Europa verdeutlichte auch der Bericht des US-Außenministeriums „Certain aspect of the European recovery problem from the United States standpoint„ der vor allem die ökonomischen Interessen der Vereinigten Staaten an einem wieder aufgebauten Europa betonte. Darüber hinaus bekräftigte der Bericht die strategische Bedeutung der europäischen Sicherheit für die Sicherheit der Vereinigten Staaten.[43] Angekündigt wurde das Programm zur Unterstützung des europäischen Wiederaufbaues am fünften Juni 1947, beschlossen am dritten April 1948 vom US-Kongress als Auslandshilfegesetz und stand bereits ganz im Zeichen der Eindämmungsstrategie der Truman-Doktrin. Trotzdem wurde es auch der Sowjetunion und den von ihr kontrollierten Staaten angeboten. Sollte die Sowjetunion die Hilfe annehmen, konnte das zur Entspannung im Ost-West-Verhältnis beitragen und gleichzeitig schadete es nicht, dem amerikanischen Anliegen, Westeuropa zu stabilisieren. Sollte die Sowjetunion wie erwartet nicht am Marshall-Plan teilnehmen, konnte man die Verantwortlichkeit für die aus europäischer Sicht unpopuläre Zweiteilung des Kontinents den Sowjets zuschieben. Die Sowjetunion lehnte für sich und die im Zweiten Weltkrieg eroberten Gebiete ihres Einflussbereiches die Marshall-Plan Hilfe ab und damit manifestierte sich weiter die Zweitteilung Europas. Der Marshall-Plan forcierte letztlich die sich bereits entwickelnde Zweiteilung Europas und ist gleichzeitig ein Startpunkt für die westeuropäische Integration. [44]

Die zahlreichen europäischen Einigungsbestrebungen, die sich während des Zweiten Weltkriegs gebildet hatten, konnten in den ersten Nachkriegsjahren kaum Erfolge verzeichnen. Lediglich die Benelux-Staaten verpflichteten sich, nach dem Ende der Kampfhandlungen eine Zollunion zu bilden. Insgesamt jedoch sorgten einerseits die

[41] Beate Neuss, Geburtshelfer Europas, S. 30-32.
[42] Gabriele Clemens, Alexander Reinfeldt und Gerhard Wille, Geschichte der europäischen Integration, S. 74.
[43] Joseph M. Siracusa und Hang Thi Thuy Nguyen, „US and European Integration Prior to 1968: An Overview, S. 87f.
[44] Wilfred Loth, Der Weg nach Europa, S. 48-52. Ian Kershaw, Höllensturz, S. 682.

Unentschlossenheit der Briten als auch die nach wie vor bestehenden französischen Großmachtansprüche dafür, dass die Regelung der Nachkriegsverhältnisse in Europa ohne wesentliche integrativen Elemente von europäischer Seite begann. Grundsätzlich war die Begeisterung einer Integration der europäischen Staaten anfangs kaum vorhanden. Wie Loth festhält, war sie „weder mit dem Ziel der Verhinderung eines neuen Weltkrieges noch mit dem Ziel der Sicherung der Selbstbestimmung möglichst aller Europäer ohne Weiteres in Einklang zu bringen“.[45] Ein Motivationsgrund für eine solche Integration wäre die Gefahr einer Ausweitung der sowjetischen Herrschaft über die östliche Hälfte Europas hinaus, die allerdings als nicht sonderlich groß betrachtet wurde. Genau diese Befürchtung hatte aber der westdeutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer und trat somit als früher Verfechter der Westintegration mit Unterstützung der Vereinigten Staaten als Schutzmacht auf. Er sah die Spaltung Europas schon sehr früh im Entstehen und betrachtete die von der Sowjetunion besetzten Gebiete schon 1945 an den sowjetischen Einflussbereich verloren. Konsequenterweise schwebten ihm die Zusammenlegung der westlichen Besatzungszonen Deutschlands und die Integration in ein westliches Europa vor. Doch mit diesen Ansichten war Konrad Adenauer zumindest öffentlich weitgehend alleine. Dies änderte sich mit dem Eintreten des britischen Premierministers Winston Churchills für diese Position und zwei Reden in Fulton 1946 und Zürich 1947, bei denen er seine Ideen der Öffentlichkeit eindringlich darlegte, vor allem auch der amerikanischen Öffentlichkeit und für ein stärkeres amerikanisches Engagement in Europa gegen sowjetische Expansionsbestrebungen warb.[46]

Die Vereinigten Staaten nahmen diese eindringlichen Worte von Winston Churchill auf und wurden selbst durch das „long telegram“ 1946 vom in Moskau stationierten US-Diplomaten George Kennan alarmiert. Dieses Telegramm und die Ansichten George Kennans haben zu einem Meinungswechsel und zum endgültigen Umschwung in Richtung Eindämmungspolitik geführt. Zu dem Meinungsumschwung trug außerdem die als Bruch der Vereinbarungen mit der Sowjetunion wahrgenommene Sowjetisierung Osteuropas bis in die westliche Einflusssphäre in der Türkei und Griechenland bei. Zudem kam noch die verheerende wirtschaftliche und soziale Situation in Westeuropa, die die Befürchtung reifen ließ, radikale politische Ideen wie den Kommunismus zu fördern, der ja bereits vor allem in Frankreich und Italien Fuß gefasst hatte und im Widerstand während des Zweiten Weltkrieges eine nicht unwesentliche Rolle gespielt hat. In diesem Sinne ist der Marshall-Plan als ökonomische Komponente der Truman-Doktrin zu verstehen, der ganz klare politische Ziele verfolgte, ein

[45] Wilfred Loth, Der Weg nach Europa, S. 41.
[46] Ebd., S. 26-47.

Bollwerk gegen den Kommunismus mittels der Integration der deutschen Westzonen in einen stabilen westeuropäischen Block zu errichten. Bestätigt wird diese Ansicht Mitte des Jahres 1947 auch von der CIA, die feststellte, „the greatest danger to the security of the USA is the possibility of economic collapse in Western Europe and the consequent accession to power of the communist elements".[47]

Zu allererst galt es, die wirtschaftliche Situation Europas zu stabilisieren. Die Hilfsprogramme zum Wiederaufbau, die bereits vor 1947 geschnürt wurden, waren verpufft, hauptsächlich weil sie die zerstörte Infrastruktur nicht wieder herstellen konnten. Darum wurde ein neues Hilfsprogramm aufgesetzt, welches im Rahmen der Containment Strategie nun größere Erfolge als die vorherigen Hilfsprogramme aufweisen konnte. Ein Wirtschaftswachstum setzte aber auch schon bereits vor der Lancierung des Europäischen Wiederaufbauprogramms ein. Das Bruttosozialprodukt stieg wieder an, mit Ausnahme von Deutschland und Italien. Der Marshall-Plan hat aber zweifellos den wirtschaftlichen Aufschwung weiter verstärkt und zahlreiche wirtschaftliche Kennzahlen entwickelten sich positiv. Das Bruttosozialprodukt stieg weiter an, das Exportvolumen erhöhte sich signifikant und die Wiederbelebung der Kapitalmärkte förderte den europäischen Handel. Darüber hinaus wurde Wirtschaftswachstum und Arbeit durch den Wiederaufbau und die Modernisierung der Infrastruktur erzeugt. Zudem wurde die Dollarlücke, also das Fehlen von Dollar zur Finanzierung des Wiederaufbaus mit dem Marshall-Plan gelöst. Innerhalb von vier Jahren erhielten die europäischen Volkswirtschaften über zwölf Milliarden Dollar im Rahmen des „European Recovery Project". Damit wurde der Beginn eines beispiellosen wirtschaftlichen Aufschwung sowie politische Stabilität geschaffen. Als der Marshall-Plan 1952 endete, lag die Industrieproduktion in Westeuropa 40 Prozent über dem Vorkriegsniveau. Die Wirtschaftskraft aller Empfängerstaaten hatte das Vorkriegsniveau übertroffen und ihre Produktion lag 1951 um 35 Prozent höher als 1938.[48] In den nächsten zwei Jahrzehnten wuchs und gedieh die Wirtschaft Westeuropas weiterhin außerordentlich. Der Marshall-Plan war dafür nicht alleine entscheidend und er war auch nicht der Startpunkt des europäischen Wiederaufbaus, allerdings versetzte er Europa in die Lage, diesen Wiederaufbau aus eigener Kraft zu schaffen, und die unmittelbare ökonomische Bedeutung war signifikant und machten 1948-1949 zehn bis zwanzig Prozent der Kapitalbildung in den europäischen Ländern aus. Der Marshall-Plan war ein Erfolg und trug zur europäischen Integration bei, da er

[47] Beate Neuss, Geburtshelfer Europas, S. 36.
[48] Joseph M. Siracusa und Hang Thi Thuy Nguyen, „US and European Integration Prior to 1968: An Overview, S. 96f.

Handelsbarrieren aufhob und Institutionen zur Koordinierung der Wirtschaft auf kontinentaler Ebene schuf. Damit wurden auch der gesamtpolitische Wiederaufbau und die europäische Integration stimuliert.[49]

Fest eingeplant in den Vorstellungen des Marshall-Plans war die vollumfängliche wirtschaftliche Integration der westdeutschen Wirtschaft und strukturelle Verknüpfung mit den restlichen Ökonomien Westeuropas, die als die Grundlage einer sanierten europäischen Wirtschaft betrachtet wurde. Dies hatte auch hohe symbolische Aussagekraft, denn Deutschland, Österreich und Italien wurde damit auch signalisiert, dass sie keine Feinde mehr waren und in einen sich formierenden westeuropäischen Block einbezogen sind. Nichtsdestotrotz darf die „containment" Politik nicht nur als Eindämmung der Sowjetunion betrachtet werden, sondern sollte im Sinne der „doppelten Eindämmung" auch zukünftige deutsche Hegemoniebestrebungen unterdrücken. Dies zeigt sich an der Aussage des ersten NATO-Generalsekretärs Lord Ismay „to keep the Russians out and the Germans down".[50] Dies sollte im westeuropäischen Zusammenschluss geschehen. Es zeigt zudem, dass aus den Fehlern des Nachkriegseuropa nach dem Ersten Weltkrieg gelernt wurde. Ein separater Wiederaufbau der einzelnen Volkswirtschaften wurde als Fehler von vergangen Wiederaufbauprogrammen eingestuft und stattdessen eine ökonomische Föderation gefordert. Zudem war der Marshall-Plan als Hilfe zur Selbsthilfe konzipiert, wodurch die jeweiligen Staaten Spielraum bei der Verwendung der Mittel hatten. Diese ökonomische Föderation manifestierte sich mit der Gründung der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC) zur Koordinierung der Marshall-Plan-Mittel. Es sollte ein gemeinsames Konzept zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas und zur Kooperation in Europa erstellt und außerdem die europäischen Staaten in die Verwendung der Mittel des Marshall-Plans miteinbezogen werden. Des Weitern sollte durch den Marshall-Plan eine Liberalisierung des Handels und des Zahlungsverkehrs unter den Teilnehmerstaaten eingeleitet werden, einem übergeordneten Ziel amerikanischer Europapolitik. Mitglied waren die 16 europäischen Länder, die nicht zur Sowjetzone gehörten: Österreich, Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Island, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Portugal, Schweden, Schweiz, Türkei, Großbritannien als auch die westlichen Besatzungszonen Deutschlands. Hinsichtlich der Konzeption der OEEC bestanden jedoch massive Unterschiede zwischen den Vereinigten Staaten und den Europäern, die nicht bereit

[49] Ian Kershaw, Höllensturz, S. 690ff. Michael Gehler, Europa, S. 211-213. Geir Lundestad, The US and Western Europe since 1945, S. 58.
[50] Michael Gehler, Europa, S. 226.

waren, ihre nationale Souveränität oder Teile davon abzugeben. In den amerikanischen Vorstellungen war eine Zollunion mit supranationalen Elementen vorgesehen. Europa sollte in Anlehnung an die Gründung der Vereinigten Staaten geschaffen werden, was jedoch aufgrund des europäischen Widerstandes nicht realisierbar war.[51] Die Forderung der Amerikaner nach einem engen Zusammenschluss und Kooperation der Staaten der OEEC mit supranationalen Elementen endete in langwierigen Verhandlungen und einer zwar permanenten Organisation, jedoch auf intergouvernementalen Fundamenten ohne der geforderten Abgabe nationaler Souveränität.

Vor dem beschriebenen Hintergrund einer eher nicht vorhandenen europäischen Einigungsbewegung in den unmittelbaren Nachkriegsjahren kann die Truman-Administration durchaus als eine Art Impulsgeber für die europäische Integration eingeordnet werden. Mit der Europapolitik der Vereinigten Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg im Besonderen durch das Europäische Wiederaufbauprogramm und die entsprechende Organisation der OEEC und der Forderung nach europäischer Kooperation im Zuge des Wiederaufbaus trugen die Vereinigten Staaten in erheblichem Maße zum Beginn der europäischen Integration bei. Die erste internationale Organisation der europäischen Integrationsgeschichte als Gesprächs-, Kooperations- und Koordinationsforum, die zahlreiche europäische Staaten umfasst, wurde gegründet und dadurch wurde der europäische Einigungsprozess auch institutionalisiert. Es zeigt sich zudem, dass die Europäer einer engen Kooperation unter Abgabe von Souveränitätsrechten, wie von den Vereinigten Staaten gefordert, sehr skeptisch gegenüberstanden und noch nicht bereit waren für solch eine Qualität der Zusammenarbeit. Bereits in diesem Stadium der amerikanischen Europapolitik zeigte sich, dass der Erfolg der amerikanischen Europapolitik abhängig davon war, ob sie mit den Intentionen und Zielen der westeuropäischen Regierungen vereinbar waren. Wichtig für die zum damaligen Zeitpunkt integrationsscheuen europäischen Staaten war die Tatsache, dass sich der US-Kongress ein Druckmittel gegenüber den Europäern sichern konnte. Durch die jährliche Bewilligung der Mittel aus dem Marshall-Plan, machte der US-Kongress diese Bewilligung von Fortschritten in der europäischen Integration abhängig. Damit wurde sichergestellt, dass zumindest ein Mindestmaß an integrationistischen Entwicklungen gewährleistet werden kann.[52] Trotzdem konnte nur mit viel Mühe die permanente Organisation der OEEC geschaffen werden, wenngleich auch ohne jegliche supranationalen Elemente, vor allem aufgrund der blockierenden Haltung Großbritanniens. Hier und in weiter Folge im nächsten Unterkapitel

[51] Ian Kershaw, Höllensturz, S. 693.
[52] Beate Neuss, Geburtshelfer Europas, S. 37-40.

zeigt sich die Bedeutung des Wechsels von der Pax Britannica zur Pax Americana für den europäischen Integrationsprozess. Während die Amerikaner von Beginn an eine starke supranationale Integration forderten und förderten, wiesen die Briten eine solche Form der Kooperation immer zurück und forcierten eine lose intergouvernementale Kooperation. Zudem erwiesen sie sich immer wieder als Bremsklotz aussichtsreicher Entwicklungen der Integration. Jean Monnet formulierte die amerikanische Beharrlichkeit auf europäischer Integration treffend: "it is the first time in history that a great power, instead of basing its policy on ruling by dividing, has consistently and resolutely backed the creation of a large Community uniting peoples previously apart".[53]

Die wirtschaftlich beträchtliche Rolle des Marshall-Plans wurde weiter oben bereits erläutert. Der Marshall-Plan war nicht alleine für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und Stabilisierung Westeuropas verantwortlich, hat aber einen wichtigen Beitrag dazu geleistet. Darüber hinaus war er auch in psychologischer und politischer Hinsicht sehr wichtig für die europäische Integration. George Kennan überschätzte die psychologische Wirkung vielleicht etwas, aber die psychologische Bedeutung des Marshall-Plans kann an seinen Worten gut erkannt werden: "The psychological success at the outset was so amazing that we felt that the psychological effect was four-fifths accomplished before the first supplies arrived".[54] Auf politischer Ebene kann der Marshall-Plan aus amerikanischer sowie aus westeuropäischer Sicht als Erfolg analysiert werden. Trotz der Tatsache, dass der Marshall-Plan die Zweiteilung Europas vorangetrieben hat, hat er die westliche Zone Europas stabilisiert. Und zwar in zweierlei Hinsicht, einerseits nach außen gegenüber der Sowjetunion und andererseits nach innen gegen kommunistische Strömungen, die in zahlreichen europäischen Staaten vorhanden waren. Durch den Marshall-Plan und die OEEC wurden erste institutionelle Elemente der europäischen Integration Realität unter dem gleichwertigen Einbezug der westdeutschen Zonen, einem wichtigen Aspekt der künftigen Integration in Europa. Auch wenn in der Forschung keine Einigkeit über die Bedeutung des Marshall-Plans herrscht, kann aufgrund der oben erwähnten Aspekte die Wichtigkeit für Europa unterstrichen werden. Zudem ist die OEEC die erste Organisation der europäischen Integrationsgeschichte und somit der institutionelle Startschuss für den europäischen Einigungsprozess. Was den amerikanischen Einfluss darauf angeht, kann festgehalten werden, dass obwohl nicht alle amerikanischen Vorstellungen, vornehmlich eine supranationale Organisation zu gründen, zu diesem Zeitpunkt schon erfüllt werden konnten, war die amerikanische Rolle in diesem Prozess

[53] Geir Lundestad, The US and Western Europe since 1945, S. 37.
[54] Ebd., S. 58.

dennoch eine herausragende. Die materielle Hilfe und die moralische Ermutigung durch den Marshall-Plan brachten der Bewegung für die europäische Einheit einen starken neuen Impuls. In der Tat kann konstatiert werden, dass die amerikanische Politik der Wirtschaftshilfe, gepaart mit dem Druck der wahrgenommenen kommunistischen Bedrohung, Bedingungen schuf, unter denen die Einigung Europas zum ersten Mal eine praktische Möglichkeit wurde.

3.1.1 Rolle der USA und europäischer Akteure (Frankreich, Westdeutschland und Großbritannien)

Die Vereinigten Staaten unterstützten die europäische Integration in unterschiedlicher Weise. Einerseits direkt durch das Insistieren und das Drängen der Europäer in Richtung Integration im Zuge der europäischen Nachkriegsordnung. Dies konnte im Rahmen des Marshall-Plans gut beobachtet werden. Darüber hinaus erkannten die Amerikaner die entscheidende Bedeutung Deutschlands für Europa und förderten den Wiederaufbau und garantierten den Einbezug der deutschen Westzonen in die westeuropäischen Angelegenheiten, vor allem anfangs gegen französischen Widerstand. Über eine europäische Integration konnte sichergestellt werden, dass Westdeutschland einerseits weiter unter Kontrolle blieb, aber gleichzeitig als gleichberechtigter Partner in die westeuropäischen Belange einbezogen wird. Die Vereinigten Staaten vertraten die Ansicht, dass die beste Lösung des deutschen Problems in der Integration Westdeutschlands mit Westeuropa im Allgemeinen und mit Frankreich im Besonderen bestand. Ein industrialisiertes Westdeutschland in einem starken europäischen Rahmen würde entscheidend dazu beitragen, zukünftige Probleme mit Deutschland zu verhindern. Diese beiden amerikanischen Positionen waren entscheidend für den anbrechenden Weg der europäischen Einigung. Demnach ist der Marshall-Plan keineswegs aus reinen altruistischen Beweggründen entstanden. Im Gegenteil verfolgte der Marshal-Plan primär amerikanische Interessen. Ein wichtiger Aspekt war zudem die Sicherung und Unterstützung der Durchsetzung des universalistischen „one-world“ Konzeptes der Vereinigten Staaten, basierend auf liberaler Demokratie und Freihandel im globalen Gegensatz der Systeme mit dem Kommunismus und der Planwirtschaft der Sowjetunion. Im Sinne des „double containment“ galt es auch Westdeutschland in europäische Strukturen einzubetten, um zukünftige Hegemoniebestrebungen zu unterbinden und den europäischen Frieden zu sichern. Ein Motiv war folglich im Sinne der Truman-Doktrin die Zurückdrängung

beziehungsweise Abwehr des sowjetischen Einflusses und die Kontrolle Deutschlands. Der ehemalige Außenminister der Vereinigten Staaten, Dean Rusk, fasste dieses Motiv passend zusammen, indem er 1963 meinte: „because we believe our presence there is essential to the defense of the US“.[55] Außerdem galt es, Absatzmärkte für die eigene Überproduktion zu finden und einen potenziell daraus resultierenden wirtschaftlichen Abschwung abzuwenden.[56] Es kann folglich in der Retrospektive eine Fusion von politischen als auch ökonomischen Gesichtspunkten als Motivation für die Lancierung des Marshall-Plans festgehalten werden. Es kann darüber hinaus festgestellt werden, dass die Vereinigten Staaten ihren politisch und ökonomisch definierten Eigeninteressen folgend, in Anbetracht des Kalten Kriegs die Einigung Europas befürworteten und aktiv förderten.

Jedoch bedeutete der Marshall-Plan auch den Abschied des in Europa vor allem unter linken Bewegungen gedachten Dritte-Kraft-Konzeptes. Die Vereinigten Staaten unterstützen zwar den westeuropäischen Einigungsprozess, allerdings nicht im Sinne eines unabhängigen, neutralen Europas als Dritte Kraft zwischen den antagonistischen Systemen der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion im Kalten Krieg. Aus amerikanischer Sicht sollte das integrierte Westeuropa immer in einen größeren atlantischen Rahmen im Sinne der Truman-Doktrin eingepasst werden. Durch diesen atlantischen Rahmen würden die Vereinigten Staaten vermutlich in der Lage sein, ihre führende Rolle innerhalb der westlichen Welt zu bewahren, auch wenn dies nach der Etablierung eines supranationalen Europas nicht mehr absolut garantiert werden konnte und Europa sich emanzipieren würde. Sie würden zudem in der Lage sein, ihre erheblichen wirtschaftlichen Interessen zu schützen.[57]

Großbritannien kam zwar als Siegermacht aus dem Zweiten Weltkrieg, jedoch hoch verschuldet, imperial überdehnt und nicht in der Lage, die von den Vereinigten Staaten angedachte Rolle in Europa als Führungsmacht eines geeinten Westeuropas und in diesem Sinne enger Partner der Vereinigten Staaten zu übernehmen. Der Übergang von der Pax Britannica zur Pax Americana wurde immer offensichtlicher. Die Besatzungskosten wurden immer mehr von den Vereinigten Staaten übernommen und schließlich musste Großbritannien seine stabilisierende Funktion in Griechenland und der Türkei aufgeben, welche umgehend im anbrechenden Kalten Krieg von den Vereinigten Staaten eingenommen wurde. William

[55] Geir Lundestad, The US and Western Europe since 1945, S. 11.
[56] Michael Gehler, Europa, S. 229. Geir Lundestad, The US and Western Europe since 1945, S. 37-39. Joseph M. Siracusa und Hang Thi Thuy Nguyen, „US and European Integration Prior to 1968: An Overview, S. 91.
[57] Geir Lundestad, The US and Western Europe since 1945, S. 38-39. Gabriele Clemens, Alexander Reinfeldt und Gerhard Wille, Geschichte der europäischen Integration, S. 73.

Clayton formulierte diese Entwicklung treffend als er meinte, dass „the reigns of world leadership were fast slipping from Britain's competent but now very weak hands and that if these were to be picked up by the SU rather than the USA, there would almost certainly be war in the next decade or so with the odds against the USA".[58] Zudem divergierten die Positionen der Vereinigten Staaten zunehmend von jenen Großbritanniens hinsichtlich der Gestaltung Nachkriegseuropas. Eine supranationale Integration Westeuropas stand im Widerspruch mit britischen politischen sowie wirtschaftlichen Befindlichkeiten und Interessen. Außerdem fühlte sich Großbritannien diesem Westeuropa nicht zugehörig und die Bedeutung Westeuropas wurde in London wesentlich anders gesehen als in Washington. Die britischen Regierungen forderten eine lockere europäische intergouvernementale Zusammenarbeit ohne die Abgabe von Souveränitätsrechten unter britischer Führung. Demnach beteiligten sie sich auch an den Verträgen von Dünkirchen und Brüssel. Jedoch unterstützen sie in Folge die amerikanischen Vorstellungen einer supranationalen Einigung Europas nicht und traten auch als Bremser dieser Entwicklungen auf, beispielsweise bei der Konzeption der OEEC.[59]

Frankreich hingegen schien nach anfänglicher Ablehnung dem Konzept des Supranationalismus für Westeuropa positiv gestimmt. Zuvor jedoch wollten De Gaulle und weitere führende französische Politiker, dass Frankreich eine Mittlerposition im Sinne des Dritte-Kraft-Konzeptes einnimmt. Die beginnende Konfrontation der Vereinigten Staaten mit der Sowjetunion als auch die militärische und ökonomische Schwäche Frankreichs führten dazu, dass man sich im Kalten Krieg für eine Seite entscheiden musste. Man entschied sich für die amerikanische und für eine westeuropäische Integration. Zunächst verfolgte Frankreich seinen Sicherheitsinteressen sowie dem raschen wirtschaftlichen Wiederaufbau folgend die Strategie der strengen Kontrolle der deutschen Industrie sowie die Teilung des Landes und keine Politik der Integration, obwohl in den Vorstellungen der Résistance Konzepte diskutiert wurden, Deutschland in ein integriertes Europa einzubinden. Für Frankreich stellte die potenzielle Aussicht auf erneute deutsche ökonomische und politische Hegemonie in Europa, nach den Erfahrungen dreier kriegerischer Auseinandersetzungen seit 1870 die zentrale Problemstellung dar. Deutsche Ressourcen sollten daher den eigenen Wiederaufbau ankurbeln. Die zentrale Rolle Westdeutschlands in den amerikanischen Nachkriegsvorstellungen für Westeuropa, also die wirtschaftliche und politische Rehabilitierung sowie Eingliederung Westdeutschlands in einen westeuropäischen Block,

[58] Beate Neuss, Geburtshelfer Europas, S. 35.
[59] Ebd., S. 40-41.

machte die französischen Vorstellungen der Sicherheit vor Deutschland mittels Teilung, Kontrolle und kontinuierliche Schwächung zunichte. Frankreichs Teilnahme an dem Europäischen Wiederaufbauprogramm war vonseiten der Vereinigten Staaten verknüpft an eine Abkehr seiner bisherigen Deutschlandpolitik. Der Marshall-Plan bietet jedoch auch die Möglichkeit, die prekäre Situation in Frankreich nach dem Krieg zu lindern. Die supranationalen Elemente des Marshall-Plans entsprachen außerdem einigen Interessen Frankreichs, wo sich zunehmend die Ansicht durchsetzte, keine weltweite Großmacht mehr zu sein. Endgültig stellt sich das auf der Außenministerkonferenz von Moskau 1947 heraus und ein Abweichen der amerikanisch dominierten Europapolitik, in der die deutschen Westzonen und ihre Rehabilitierung sowie ihr Wiederaufbau ein wesentliches Element waren, war kaum mehr möglich. Dadurch änderte sich die französische Position, die anfänglich die Teilung Deutschlands forcierte und dann für eine supranationale Integration Deutschlands als Sicherheit vor erneuter deutscher Hegemonie anstrebte. Frankreich konnte in den Verhandlungen außerdem eine für seine Sicherheitsinteressen akzeptable Situation, indem die deutsche Schwerindustrie durch die Gründung einer internationalen Ruhrbehörde einer internationalen Kontrolle durch eine internationale Organisation unterstellt wurde, erreichen. Eine Zusammenarbeit in Westeuropa entsprach daher französischen Interessen und barg die Chance, wieder zu einer Großmacht aufzusteigen. Diese Konvergenz amerikanischer Interessen mit französischen kann auch durch die wirtschaftliche Abhängigkeit Frankreichs von den Vereinigten Staaten erklärt werden. Dementsprechend setzte sich Frankreich auch für supranationale Elemente im Rahmen des Marshall-Plans ein, die jedoch nicht verwirklicht werden konnten, vornehmlich aufgrund des britischen Widerstandes. Die deutsche Frage – wie es möglich war, die stärkste Nation inmitten des europäischen Kontinents entwickeln und entfalten zu lassen ohne gleichzeitige Hegemonie - konnte damit aus Sicht Frankreichs mit dem Marshall-Plan nicht gelöst werden aufgrund des intergouvernementalen Charakters der OEEC. Entscheidend war indes, dass Frankreich, die sowohl 1945 als auch 1919 betriebene Politik der Schwächung Deutschlands durch Teilung und Abrüstung zugunsten einer Politik der Unterstützung und Teilhabe am deutschen Aufschwung im Rahmen einer europäischen Kooperation aufgab.[60]

Der westdeutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer hat die geopolitischen Entwicklungen unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg früh erkannt und die von der Sowjetunion befreiten

[60] Beate Neuss, Geburtshelfer Europas, S. 44-46. Peter Calvocoressi, World politics since 1945, S. 164. Wilfred Loth, Warum Europa? Antriebskräfte und Perspektiven der Europäischen Einigung. Studia Universitatis Babes-Bolyai.Studia Europaea 56, no. 4 (12, 2011): 17-29. , S. 19. Gabriele Clemens, Alexander Reinfeldt und Gerhard Wille, Geschichte der europäischen Integration, S. 95f und 284f. Michael Gehler, Europa, S.231.

Gebiete als an die entstehende sowjetische Einflusssphäre verloren betrachtet. Demnach äußerte er sich bald für einen westeuropäischen Zusammenschluss unter dem Schutzschirm der Vereinigten Staaten – da selbst die Zusammenlegung aller europäischer Demokratien kein Gleichgewicht gegen die Sowjetunion darstellen könnten - und unterschied sich damit auch von Verfechtern des Dritte-Kraft-Konzeptes wie De Gaulle. Die Rettung Europas könne nur mithilfe der Vereinigten Staaten gelingen. Für ihn war der Schutz vor der Sowjetunion wichtiger als eine Vermittlung im Ost-West-Konflikt. Er ordnete außerdem die Rolle der Vereinigten Staaten in Europa als die weltweite Supermacht korrekt ein und erkannte, dass die Nachkriegsordnung in Europa am stärksten von den Vereinigten Staaten abhing und nicht von europäischen Mächten. Er erkannt zudem, dass deutsche Souveränität, wenn auch nur teilweise, nur durch europäische und im Speziellen französische Kooperation möglich war. Er war sich zudem bewusst, dass die Amerikaner Westdeutschland eine entscheidende Stellung in ihrer Europapolitik sowie in ihrer Geopolitik im entstehenden Kalten Krieg zuteilten. Demnach suchte er seit 1945 die Unterstützung der Vereinigten Staaten für eine westeuropäische Integration und unterstützte amerikanische Initiativen zur Stärkung des amerikanischen Engagements in Europa. Bereits 1950 schlug er die Schaffung einer deutsch-französischen Union vor, der sich auch weitere westeuropäische Staaten anschließen könnten, da nur so die sicherheitspolitischen Interessen deutscher Nachbarstaaten befriedigt werden konnten. Diese Idee wurde allerdings nicht weiter verfolgt, sollte jedoch bald von französischer Seite wieder aufgenommen werden.[61]

3.2 NATO

Die ökonomische Komponente der Truman-Doktrin wurde mit dem Marshall-Plan und der ständigen Organisation OEEC, wenngleich auch nicht ganz nach Vorstellung der Vereinigten Staaten erreicht. Massenelend durch ein zerstörtes und verarmtes Europa als direkte Kriegsfolge konnte allerdings mit dem Beitrag des Marshall-Plans bald verhindert werden. Doch die Erfolge des wirtschaftlichen Wiederaufbaus drohten in Gefahr zu geraten, durch sowjetische Expansionsbestrebungen und den Staatsstreich 1948 durch Kommunisten in der Tschechoslowakei sowie der Berlinblockade. Die Amerikaner und Europäer waren der Meinung, dass diese Ereignisse die offene Feindseligkeit und aggressiven sowie expansionistischen Absichten Moskaus zeigten und vertraten die Ansicht, dass die

[61] Wilfred Loth, Der Weg nach Europa, S. 41-43.

wirtschaftliche Erholung Europas in solch einer Atmosphäre der Spannung und Unsicherheit unmöglich sei. In dieser Krisensituation erkannten sowohl die US-amerikanische als auch die europäischen Führungen, dass die Notwendigkeit, Europa physisch zu schützen, ebenso dringend war wie die Notwendigkeit, diese Region wirtschaftlich wieder aufzubauen. Aus der Erkenntnis heraus, dass eine Vorbedingung für den Wiederaufbau Europas militärische Sicherheit war, begannen die europäischen Führer im Februar 1947 Gespräche über die Gründung eines effektiven europäischen Sicherheitsbündnisses zu führen. Ein weiteres starkes Argument für europäische Kooperation war folglich die militärische Bedrohung durch die Sowjetunion beziehungsweise die Wahrnehmung einer solchen Bedrohung. Die militärische Komponente der amerikanischen Europapolitik im Sinne der Truman-Doktrin war der Nordatlantikvertrag, der die Nordatlantikpakt Organisation (NATO) gründete.[62]

Die Vereinigten Staaten hofften, dass nach Etablierung der OEEC ihr vielleicht doch noch supranationale Elemente übertragen werden können. 1949 waren jedoch noch immer keine supranationalen Strukturen in Europa, weder im ökonomischen noch im militärischen oder gar politischen Bereich entstanden. Daran änderte auch die NATO nichts. Allerdings ist die NATO ein wichtiges Element in der amerikanischen Europapolitik als auch der europäischen Integrationsgeschichte. Auch im politischen Bereich entstanden trotz der Gründung des Europarates, der stärker aus europäischen Vorstellungen geformt wurde, keine supranationalen Strukturen in den europäischen Angelegenheiten. Großbritannien durchkreuzte jegliche supranationalen europäischen Vorstellungen. Durch die wahrgenommene Verschärfung des Ost-West-Konflikts spielten militärische Aspekte neben den wirtschaftlichen bald die herausragende Rolle. Doch die NATO war nicht das erste europäische sicherheitspolitische Bündnis. Am 17. März 1948 wurde bereits der Brüsseler Pakt zwischen Frankreich, Großbritannien, Belgien, Niederlande und Luxemburg geschlossen, dem der Dünkirchener Verteidigungsvertrag zwischen Frankreich und Großbritannien gegen potenzielle deutsche Aggression vorausging. Europäische Kooperation auf sicherheitspolitischem Terrain begann also 1947 mit dem Vertrag von Dünkirchen, welcher 1948 um Belgien, Niederlande und Luxemburg zum Brüsseler Pakt erweitert wurde. Diese beiden Verträge waren noch vornehmlich gegen das damals nicht existierende Deutschland gerichtet und gegen mögliche zukünftige hegemoniale Bestrebungen, enthielten aber zusätzlich Bestimmungen zur politischen, wirtschaftlichen und kulturellen

[62] Joseph M. Siracusa und Hang Thi Thuy Nguyen, „US and European Integration Prior to 1968: An Overview, S. 98-100. Johannes Pollak und Peter Slominski, Das politische System der EU, 2., völlig überarbeitete und aktualisierte Auflage, UTB Politikwissenschaft 2852 (Wien: Facultas.wuv, 2012), S. 17f.

Zusammenarbeit durch ständige Ausschüsse und eine zentrale Organisation und wurden zumindest von einigen seiner Befürworter als Schritt in Richtung einer breiteren militärischen Allianz mit den Vereinigten Staaten gesehen. Der Brüsseler Pakt diente viel mehr als Absichtserklärung denn als starkes militärisches Bündnis, da die fünf Nationen nur über eine geringe militärische Macht verfügten, weder in Form von mobilisierten Streitkräften noch in Form einer industriellen Kriegsproduktion. Der Brüsseler Pakt kann daher durchaus als Vorstufe zum dauerhaften grundlegenden amerikanischen Verteidigungsbeitrag im Rahmen der zu gründenden NATO verstanden werden.[63] Ganz in diesem Sinne ist auch die Aussage von General Eisenhower in seinem ersten jährlichen Bericht als oberster alliierter Befehlshaber einzuordnen, in dem er auch in militärischer Hinsicht für einen westeuropäischen Zusammenschluss plädiert: "The concept of the maintenance of national military forces by states of small geographical extent has already become outdated. The logic of larger groups and association is becoming increasingly impelling".[64]

Binnen sehr kurzer Zeit wandelte sich Deutschland aus der Sicht des Westens von einer Bedrohung, gegen die es sich abzusichern gilt, zu einem stabilen Bollwerk gegen die Sowjetunion und einem entscheidenden Verbündeten im Kalten Krieg mit strategisch essenzieller Lage. Die amerikanische Priorität für Westdeutschland machte dies möglich. Die berühmte Aussage des ersten NATO-Generalsekretärs Lord Ismay über die Intention der NATO „to keep the Russian out, the Germans down and the Americans in“[65] wandelte sich bald zu „keep the Russians out and Americans in”, da der Aufstieg Westdeutschlands in jeglicher Hinsicht mit dem ein Jahr später ausbrechenden Koreakrieg vor allem von den Vereinigten Staaten forciert wurde, gut eingebettet in ein westliches Bündnis und eine sich weiter entwickelnde europäische Integration.[66]

Der Kalte Krieg baute sich zunehmend auf und die Angst vor sowjetischer Expansion wurde größer, weshalb sich die Vereinigten Staaten verpflichteten, auf ungewisse Zeit in Europa auch militärisch präsent zu bleiben. Daher galt es, sie auch in die geschaffenen europäischen Verteidigungsstrukturen einzubinden. Die erste Berlinkrise sowie die kommunistische Machtübernahme in der Tschechoslowakei hatten vor Augen geführt, wie verletzlich Westeuropa ohne die amerikanische Militärmacht war und gaben letztlich den Ausschlag für

[63] Ian Kershaw, Höllensturz, S. 696. Joseph M. Siracusa und Hang Thi Thuy Nguyen, „US and European Integration Prior to 1968: An Overview, S. 98-100. Urwin Derek, The community of Europe: a history of European integration since 1945, S. 39-43. Michael Gehler, Europa, S. 220-224.
[64] Hajo Holborn, American Foreign Policy and European Integration, S. 12
[65] Geir Lundestad, The United States and Western Europe Since 1945, S. 8.
[66] Ian Kershaw, Höllensturz, S. 696.

die Gründung des transatlantischen Militärbündnisses gegen potenzielles weiteres sowjetisches Expansionsbestreben. Die Gründung der NATO am 4. April 1949 hat einen ständigen amerikanischen Verteidigungsbeitrag in Europa besiegelt, welches das fehlende britische Gegengewicht zu einem potenziell wieder erstarkten Deutschland für Frankreich darstellte. Die Mitglieder des Brüsseler Vertrags unterzeichneten mit den Vereinigten Staaten, Kanada, Italien, Portugal, Dänemark, Norwegen und Island den Vertrag von Washington und gründeten eine weitere Organisation der europäischen Integration als auch der transatlantischen Kooperation. Herzstück ist der Artikel 5, indem sich die Mitglieder zu gegenseitigem Beistand bei einem Angriff auf ein Mitglied verpflichten. Allerdings war diese Beistandsklausel schwächer als jene des Brüsseler Vertrages. In den Verhandlungen forderten die Europäer, dass das amerikanische militärische Engagement in Europa so automatisch wie möglich erfolgt. Auf der anderen Seite stand der US-Kongress, der den Europäern unter keinen Umständen das Recht zugestehen wollte, im Namen der Vereinigten Staaten einen Krieg zu erklären. Schließlich einigte man sich auf eine Beistandsklausel in etwas abgeschwächter halb automatischer Form als beim Brüsseler Vertrag mit der Formulierung „einschließlich der Anwendung von Waffengewalt, die sie für erforderlich erachtet, um die Sicherheit des nordatlantischen Gebiets wiederherzustellen und zu erhalten“.[67] Das stellte eine bedeutende Garantie für Frankreich dar und zudem die Grundlage für weitere Integrationsschritte unter dem Schutzschirm des Nordatlantischen Bündnisses und der Vereinigten Staaten. Darüber hinaus war das transatlantische Sicherheitsbündnis auch vital für westeuropäische Sicherheitsinteressen gegen die Sowjetunion, wenngleich die Bedeutung der NATO eher symbolisch und psychologisch war, da die Sowjetunion nach wie vor zwölfmal mehr bewaffnete Bodentruppen hatte als das westliche Bündnis zusammen.[68]

Festzuhalten ist, dass die Rolle und der Einfluss der Vereinigten Staaten in der Entstehung des Marshall-Plans und der dazu gehörigen Organisation, der OEEC, größer war als in der Entstehung der NATO. In der Entstehungsgeschichte des Nordatlantischen Bündnisses spielten die europäischen Staaten jedenfalls eine tragendere Rolle, da vor allem in Frankreich und in Großbritannien sich bald nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges die Frage nach der Sicherheit am europäischen Kontinent gestellt wurde und General de Gaulle bereits im April 1945 überzeugt war, „to link in the future the United States with the security of the European

[67] Artikel 5, Nordatlantikvertrag.

[68] Beate Neuss, Geburtshelfer Europas, S. 58-63. Michael Gehler, Europa, S. 233. Ian Kershaw, Höllensturz, S. 696f. Gabriele Clemens, Alexander Reinfeldt und Gerhard Wille, Geschichte der europäischen Integration, S. 109. Peter Calvocoressi, World politics since 1945, S. 158. Joseph M. Siracusa und Hang Thi Thuy Nguyen, „US and European Integration Prior to 1968: An Overview, S. 98-100.

continent and establish through their presence the conditions of a necessary balance of power in Europe".[69] Demnach startete der französische Generalstab geheime Planungen zu einer westeuropäischen Verteidigung mit amerikanischer Unterstützung. Im Dezember 1947 bekam der französische Außenminister dann die Freigabe des französischen Kabinetts, Gespräche mit den Vereinigten Staaten, Großbritannien und den Benelux-Staaten über eine gemeinsame militärische Organisation zu führen. Diese wurde dann stufenweise über den Dünkirchener Vertrag zwischen Frankreich und Großbritannien, dem Vertrag von Brüssel und schließlich mit dem Vertrag von Washington erreicht. Vor allem Frankreich und auch Großbritannien spielten in diesem Prozess eine prominente Rolle und ohne ihr Insistieren auf einen amerikanischen Beitrag zur westeuropäischen Sicherheit wäre eine solche Allianz wohl erst später entstanden. Ebenso drängten die Europäer auf den Artikel 5 der „collective defense", wenngleich die Amerikaner nicht zu einer völlig automatischen Form bereit waren. Ganz im Sinne von Geir Lundestad fanden im Prozess der NATO starke Einladungen von europäischer Seite an die Vereinigten Staaten statt, sich stärker in Europa zu engagieren. Dennoch gab es diesbezüglich auch auf amerikanischer Seite eine Initiative von Senator Arthur Vandenberg im Mai 1948, der einen Vorschlag für amerikanische Unterstützung einer regionalen militärischen Organisation in Europa durchsetzte, im Sinne amerikanischer Interessen als militärisches Gegenstück zum Marshall-Plan. Ähnlich wie beim Marshall-Plan bevorzugten die europäischen Nationen individuelle Zuschüsse und Hilfen aus Washington, das jedoch darauf bestand, Unterstützung auf der Basis regionaler Koordination und Integration zu geben. Darüber hinaus setzten die Vereinigten Staaten gegen die Mitglieder des Brüsseler Paktes die Erweiterung um zusätzliche europäische Staaten durch und gründeten die NATO als intergouvernementales Militärbündnis. Eine Abgabe amerikanischer Souveränität an eine solche Organisation kam nicht infrage.[70]

Die NATO wurde eindeutig von den Vereinigten Staaten dominiert. Der primäre Zweck der Gründung der NATO war, die USA zur Verteidigung Europas zu verpflichten und durch das Atomwaffenarsenal Abschreckung gegen einen sowjetischen Angriff zu bieten. Über die NATO konnten die Vereinigten Staaten folglich direkt europäische Angelegenheiten mitbestimmen beziehungsweise bestimmen und nicht wie in der OEEC informell, da die Vereinigten Staaten dort kein Mitglied waren. Die verstärkte Betonung von Atomwaffen bedeutete, dass der Einfluss Amerikas auf die Strategie der NATO noch größer sein würde,

[69] Geir Lundestad, The US and Western Europe since 1945, S. 50.
[70] Geir Lundestad, The US and Western Europe since 1945, S. 50-53. Peter Calvocoressi, World politics since 1945, S. 158-159 . Joseph M. Siracusa und Hang Thi Thuy Nguyen, „US and European Integration Prior to 1968: An Overview, S. 98-100.

als es bei einer größeren konventionellen Rolle Europas der Fall gewesen wäre. Der 1949 unterzeichnete Nordatlantikvertrag gab Westeuropa eine Garantie für ihre fortdauernde Unabhängigkeit und Integrität gegen sowjetische Angriffe, indem er die amerikanische Absicht formalisierte und institutionalisierte, in Europa zu bleiben und eine tragende Rolle in europäischen Angelegenheiten zu spielen. Obwohl es sich bei dem Vertrag um ein kollektives Verteidigungsarrangement handelte, glich er eher einem Protektoratsvertrag früherer Zeiten, bei denen eine Großmacht schwächere Gebiete unter ihre Schirmherrschaft genommen hatte. Trotz der Tatsache, dass europäische Kräfte 80 Prozent der Streitkräfte der Allianz in Europa zur Verfügung stellten, war Europa auf finanzielle amerikanische Mittel sowie Ausrüstung angewiesen. Bis 1962 erhielt Westeuropa rund 15 Milliarden Dollar an militärischer Unterstützung.[71]

Die Gründung der NATO war Teil eines umfassenderen Prozesses der europäischen Integration. Sie trug entscheidend dazu bei, Freiheit und Sicherheit zu gewährleisten, um die größere politische und wirtschaftliche Integration in Westeuropa zu unterstützen. Es war unbestreitbar, dass die Vereinigten Staaten eine strategisch entscheidende Rolle bei der Struktur der NATO und bei der Verfolgung ihrer Ziele spielten. Mit dem Engagement der USA für die Sicherheit Westeuropas konnten die Europäer mit Plänen für den Wiederaufbau und die Integration ihrer Wirtschaft voranschreiten. Durch diesen Rahmen der NATO aber auch der OEEC erhielten die westeuropäischen Staaten und Regierungen weitere wichtige Erfahrungen in der Zusammenarbeit und gemeinsamen Entscheidungsfindung. Als der Kalte Krieg eskalierte und Europa geteilt war, wurde die Integration als ein Mittel betrachtet, mit dem Europa in enger Zusammenarbeit mit den USA seine Sicherheit gegen die sowjetische Bedrohung und die Gefahr des Kommunismus erhöhen konnte. Der Kalte Krieg und die Teilung Europas erwiesen sich damit zunehmend als die Basis für Stabilität im westeuropäischen Block, jedoch auf Kosten Osteuropas unter sowjetischer Herrschaft. Das Konzept der westeuropäischen Integration stellt damit einen Beitrag zum Kalten Krieg dar, und während sich Westeuropa integrierte, desintegrierte sich der Kontinent und Konzepte eines Europas zwischen den antagonistischen Blöcken als vermittelnde dritte Kraft wurden kaum mehr gesucht. In jedem Fall wurde durch den Nordatlantikvertrag die Sicherheit Westeuropas unmittelbar mit dem Engagement der Vereinigten Staaten verknüpft und die Vereinigten Staaten verpflichteten sich, auf unbestimmte Zeit in Europa zu bleiben und wie eine europäische Macht die Angelegenheiten dort mitzubestimmen. Zusammen mit dem

[71] Geir Lundestad, The US and Western Europe since 1945, S. 50-53. Peter Calvocoressi, World politics since 1945, S. 158-159 .

Marshall-Plan trug das Nordatlantische Bündnis dazu bei, ein positives Umfeld der Kooperation und eine wertvolle Erfahrung für die Europäer zu schaffen. Insbesondere bot es ein Schutzschild gegen eine äußere Bedrohung und gab Westeuropa mehr Raum zum Atmen und die Möglichkeit, den Pfad der Integration zu erkunden und weiterzuführen. Ohne die amerikanische Unterstützung beim Aufbau der Volkswirtschaften, ohne die Stabilisierung labiler politischer Systeme, ohne die umfassende Verteidigungsbereitschaft Westeuropas wären einige westeuropäische Staaten vielleicht im Chaos versunken und der Weg zu pluralistischen und liberalen Demokratien unmöglich gewesen. Eine Ausbreitung des Kommunismus wäre eine mögliche Folge gewesen. Frankreich und Großbritannien, als stark geschwächte ehemalige Großmächte, hätten bei einem, wie ursprünglich 1947 angedachten Rückzug der Vereinigten Staaten aus Europa, die massive Aufgabe des Wiederaufbau Europas wohl nicht stemmen können. Wichtig für diesen weiteren Pfad der westeuropäischen Integration war die NATO auch aus Sicht Frankreichs, weil das amerikanische Engagement Schutz vor deutschen Expansionsbestrebungen als auch Militarismus bot und die Vereinigten Staaten als Vermittler zwischen Frankreich und Deutschland auftraten. Dadurch wurde auch der Weg zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland am 23. Mai 1949 geebnet. Ohne diese Garantien hätten weitere Integrationsschritte wohl weniger Erfolgschancen gehabt. Unter dem Schutzschirm der Vereinigten Staaten war es den westeuropäischen Staaten ermöglicht worden, integrative Schritte zu gehen und den Nationalismus vergangener Zeiten, der auch unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs durch die Restauration der Nationalstaaten gewissermaßen vorherrschte, hinter sich zu lassen. Mit der Gründung der OEEC, der NATO als auch dem Europarat wurde der Anfang dafür geschaffen.[72]

Bald sollte ein weiterer Vorschlag den begonnen Weg der westeuropäischen Integration weiter fortführen und vertiefen. Frankreich sah sich nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland 1949 in Handlungsverzug, um das deutsche Potenzial sowie auch im Speziellen eine deutsche Wiederbewaffnung nach dem Drängen der Amerikaner darauf, aufgrund des Ausbruchs des Koreakriegs nach seinen Interessen zu gestalten.

[72] Beate Neuss, Geburtshelfer Europas, S. 345-350. Ian Kershaw, Höllensturz, S. 696-703.

3.3 Bedeutung für die zweite Phase der Integration – Der Schuman Plan und die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl

„Die Zusammenlegung der Kohle- und Stahlproduktion wird sofort die Schaffung gemeinsamer Grundlagen für die wirtschaftliche Entwicklung sichern – die erste Etappe der europäischen Föderation – und die Bestimmung jener Gebiete ändern, die lange Zeit der Herstellung von Waffen gewidmet waren, deren sicherste Opfer sie gewesen sind. Die Solidarität der Produktion, die so geschaffen wird, wird bekunden, dass jeder Krieg zwischen Frankreich und Deutschland nicht nur undenkbar, sondern materiell unmöglich ist“.[73]

Die ersten Schritte der europäischen Integration waren mit der OEEC, der NATO sowie dem Europarat gegangen. Jedoch war man in Europa von echter Integration noch weit entfernt. Es wurden keine supranationalen Strukturen geschaffen und man verharrte am Prinzip des Intergouvernementalismus und der Beibehaltung voller nationaler Souveränität. Das konnte selbst durch das hartnäckige und wiederholte Bestehen der Vereinigten Staaten auf supranationale Elemente nicht geändert werden. Vor allem die Weigerung Großbritanniens an einer europäischen Kooperation teilzunehmen, basierend auf dem Prinzip der Supranationalität, hemmte die Integrationsbemühungen. Der Kalte Krieg verschärfte sich Ende der 1940er, Anfang der 1950er Jahre und damit reduzierte sich der Fokus der amerikanischen Eindämmungspolitik gegenüber Deutschland und verlagerte sich auf die Sowjetunion. Ein wieder aufgebautes und in Westeuropa integriertes Westdeutschland spielte in den amerikanischen Überlegungen eine tragende Rolle, die mit dem Ausbruch des Koreakrieges weiter zunahm. Frankreich sah sich dadurch zu einem außenpolitischen Kurswechsel gezwungen, hin zur europäischen Integration von Westdeutschland in starke europäische supranationale Strukturen. Frankreich konnte aber noch die internationale Kontrolle über die deutsche Kohle- und Stahlindustrie im Ruhrgebiet durch eine internationale Ruhrbehörde 1949 erreichen. Dies war aus Sicht Frankreichs von entscheidender Bedeutung als Maßnahme vor einem erstarkten und aufstrebenden Deutschland.

Mit der früher als erwarteten sowjetischen Atombombenexplosion 1949 erhöhten die Amerikaner den Druck auf Europa und vor allem auf Frankreich, supranationale Strukturen zu etablieren und Westeuropa endgültig in eine Region politischer Stabilität als auch ökonomischer Prosperität über einen westeuropäischen Zusammenschluss zu entwickeln. Da

[73] Michael Gehler, Europa, S. 236.

Großbritannien mehrere Male eine westeuropäische Integration auf supranationalen Elementen blockiert hatte, begannen die Vereinigten Staaten die Rolle Großbritanniens 1949 zu überdenken und verwarfen das Konzept, dass Großbritannien eine westeuropäische supranationale Integration anführen könnte. Ohne Großbritannien und mit Frankreich als federführenden Akteur sollte die europäische Einigung an Fahrt aufnehmen, beruhend auf einer deutsch-französischen Zusammenarbeit. Nachdruck verlieh vor allem der amerikanische Kongress diesen Intentionen durch die machtvolle Position jährlich über die ERP-Mittel zu bestimmen und diese von konkreten integrativen Fortschritten abhängig zu machen. Trotzdem gerieten Integrationsentwicklungen Anfang der 1950er Jahre ins Stocken und befanden sich in einer Sackgasse. Von Frankreich kamen nach dem Europarat keine Initiativen für weitere Schritte der Integration. Anfang 1949 kamen aus Frankreich noch zahlreiche Signale, die Beziehungen zu Deutschland neu zu gestalten. Frankreich versuchte damit, die Bereitschaft Westdeutschlands für eine westeuropäische Integration zu nutzen, bevor die Stellung Westdeutschlands weiter aufgewertet werden würde und die Szenerie weniger stark von Frankreich bestimmt werden kann. Dies deutete sich im verschärfenden Ost-West-Konflikt zunehmend an und Frankreich versuchte mit dem Vorschlag eines Europarates, die deutsche Frage durch einen europäischen Rahmen zu klären und gleichzeitig der amerikanischen Forderung nach Integration in Westeuropa nachzukommen. Aufgrund der britischen Interventionen konnten die Vorstellung und Bedürfnisse, die auf dem Europarat lagen, jedoch nicht umgesetzt werden. Weder die deutsche Frage noch eine wirkliche Integration nach amerikanischen Vorstellungen mit supranationalen Elementen konnte damit gelöst werden. Frankreich war sehr skeptisch einem deutschen Wiederaufstieg, nicht allerdings integrativen Strukturen gegenüber. Doch die weltpolitischen Ereignisse führten dazu, dass nicht mehr nur das deutsche Wirtschaftspotenzial, sondern auch ein deutscher Verteidigungsbeitrag diskutiert und bald vehement von den Vereinigten Staaten als Bollwerk gegen die Sowjetunion gefordert wurde. Frankreich konnte sich nicht länger dagegen verwehren und vollzog einen Kurswechsel, weg von der Strategie Westdeutschland so klein und schwach wie möglich zu halten, zu der Einbindung Westdeutschlands und seines Potenzials in gemeinsamen Strukturen.[74]

Nach dem weitgehenden Scheitern des Europarates setzte sich im Frühjahr 1950 eine lethargische Stimmung im westeuropäischen Integrationsprozess durch. In Paris, wie in Washington herrschte eine gewisse Ratlosigkeit bis am 9. Mai 1950 der französische

[74] Ian Kershaw, Achterbahn: Europa, 1950 bis 2017, übers. von Klaus-Dieter Schmidt (München: DVA, 2019), S. 227-235. Beate Neuss, Geburtshelfer Europas, S. 54-58.

Außenminister Robert Schumann, einen Tag vor der Londoner Außenministerkonferenz, die über die künftige Deutschlandpolitik der Alliierten entscheiden sollte, völlig unvermutet einen neuartigen Vorschlag unterbreitete. Auf dieser Konferenz standen die Aufhebung der Begrenzung der westdeutschen Stahlproduktion als auch eine Abschwächung des Besatzungsstatuts sowie eine eventuelle Aufstellung deutscher Truppen auf der Agenda. Frankreich war unter Zugzwang und Robert Schumann schlug vor, die deutsche sowie die französische als auch alle anderen, wenn von den jeweiligen Regierungen erwünscht, westeuropäischen Kohle- und Stahlindustrien zu vergemeinschaften und unter die Aufsicht einer gemeinsamen supranationalen Behörde zu stellen. Zuvor wurden Konrad Adenauer und die amerikanische Seite eingeweiht und hatten ihre Unterstützung erklärt. Innovativ daran war die Tatsache, dass im Vorhinein nur Staaten akzeptiert wurden, die zu einem Souveränitätsverzicht bereit waren. Damit wurde implizit eine britische Mitgliedschaft ausgeschlossen und Frankreich verabschiedete sich davon, dass Großbritannien zum Ausgleich eines rehabilitierten Deutschlands Mitglied in einem westeuropäischen Zusammenschluss sein muss. Den Entschluss Frankreichs, ohne Großbritannien eine supranationale westeuropäische Integration anzustreben, bezeichnete Wilfred Loth sogar als den „eigentlichen politischen Kern des Schumann-Plans“.[75] Diese Garantie vor zukünftiger potenzieller deutscher Hegemonie in Europa wurde Frankreich durch die Vereinigten Staaten mit der NATO und einer dauerhaften amerikanischen Präsenz in Europa gegeben. Frankreich nahm damit die ihm von den Vereinigten Staaten zugewiesene westeuropäische Führungsrolle ein und initiierte einen neuen Versuch für eine Einigung westeuropäischer Staaten und vor allem einer deutsch-französischen Neuordnung der Beziehungen, die im Streit über die Frage des Saarlandes auf einen Tiefpunkt nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges gesunken sind.[76]

Die grundlegenden Vorstellungen des Schumann-Plans waren nicht neu. Bereits 1948 hatte der amerikanische Botschafter in London die Idee einer Verschmelzung der Kohle- und Stahlindustrien von Frankreich, Deutschland und den Beneluxstaaten, die ohnehin bereits eine Zollunion hatten, ins Spiel gebracht. Auch der niederländische Außenminister Dirk Stikker trat vor dem Schumann-Plan für eine sektorielle westeuropäische Integration und supranationale Strukturen ein. Intensiver Unterstützer für eine sektorielle Integration von Frankreich und Westdeutschland war vor allem der amerikanische Hochkommissar in Bonn, John McCloy. Darüber hinaus hatten Jean Monnet, der für die Modernisierung der

[75] Wilfred Loth, Warum Europa, S. 23.
[76] Beate Neuss, Geburtshelfer Europas, S. 58-63. Wilfred Loth, Der Weg nach Europa, S. 77-83. Johannes Pollak, und Peter Slominski. Das politische System der EU, S. 22.

französischen Industrie verantwortliche Planungskommissar und der amerikanische Botschafter in Paris David Bruce, das Konzept im Vorhinein diskutiert. Auch der westdeutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer, hatte bereits im März 1950 die Schaffung einer deutsch-französischen Wirtschaftsunion vorgeschlagen. Interessanterweise wurde der Schumann-Plan nicht offiziell im französischen Außenministerium, sondern geheim von einer Gruppe unter der Führung von Jean Monnet erarbeitet. Parallel dazu arbeitete aber auch das Außenministerium an Konzepten, wie die deutsche Frage gelöst und Westdeutschland in westeuropäische Strukturen integriert werden kann. Der Ursprung dieser Idee kann sogar bis in die Zwischenkriegszeit zu dem europäischen Stahlkartell zurückverfolgt werden. Amerikanische Befürchtungen, erneut ein solches Kartell mit dem Schumann-Plan zu schaffen, wurden bald entkräftet. Im Schumann-Plan kulminierten einerseits idealistische Visionen des überzeugten Föderalisten Jean Monnets, dem ein Europa als demokratische supranationale Föderation vorschwebte, das schrittweise durch ständige Reformprozesse entstehen sollte. Ein Wiedererstarken des Nationalismus nach dem Zweiten Weltkrieg könne nur durch Abgabe von Souveränität und die Schaffung eines gemeinsamen Marktes ohne Handelsbeschränkungen verhindert werden. Zudem würde ein europäischer Krieg vor allem zwischen Deutschland und Frankreich durch die Zusammenlegung der Schwerindustrien faktisch unmöglich werden. Neben diesen idealistischen Vorstellungen spielten aber auch nüchterne pragmatische nationale Interessen eine entscheidende Rolle. Der Plan verfolgte auch das Ziel der Wiedererlangung der politischen als auch ökonomischen Führungsrolle Frankreichs in Westeuropa. Das Konkurrenzverhältnis zur immer stärker werdenden deutschen Stahlindustrie, die bald in der Lage gewesen wäre, billigeren Stahl zu produzieren als Frankreich, musste beispielsweise geregelt werden. Zudem sollte ein gleichwertiger Zugang zur deutschen Ruhrkohle gewährleistet werden, denn ein drohender Kohlemangel würde die Situation der französischen Stahlindustrie zuspitzen und den wirtschaftlichen Modernisierungsplan gefährden. Frankreich ging es vor allem darum, Westdeutschland unter französischer Führung in einen westeuropäischen Rahmen einzubinden, bevor es wieder voll rehabilitiert, zu alter Stärke zurückfinden würde. Außerdem wollte man sich Einfluss auf das industrielle Herz Europas, das Ruhrgebiet, sichern und die deutsche Vormachtstellung auf dem westeuropäischen Kohle- und Stahlsektor verhindern. Der deutsche Wettbewerbsvorteil durch die hochwertige Ruhrkohle sollte damit ausgeglichen werden und der französischen Stahlindustrie sollte dauerhafter Zugang zur Ruhrkohle unter gleichen Bedingungen geschaffen werden. Vor dem Hintergrund stetig steigender Stahlnachfrage aufgrund des Koreakrieges wurde die dafür unpraktische Ruhrbehörde durch die Europäische Gemeinschaft

für Kohle und Stahl, auch Montanunion genannt, ersetzt. Damit wurde das Ruhrgebiet der internationalen Kontrolle und dadurch auch der britischen Kontrolle entzogen und in ein westeuropäisches System integriert. Der Schumann-Plan war auch als wirtschaftliche Grundlage einer beabsichtigten politischen Integration konzipiert und bildet, wie der französische Außenminister Robert Schumann meinte „den ersten Grundstein einer europäischen Föderation, die zur Bewahrung des Friedens unerlässlich ist“[77]. Die Zusammenlegung der Kohle- und Stahlindustrien in der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl sollte nur der Beginn einer umfangreicheren Integration sein. Der Schumann-Plan entstand aus einer gewissen Zwangslage Frankreichs heraus, aufgrund der geopolitischen Entwicklungen rund um den sich verschärfenden Ost-West-Konflikt in europäischen Angelegenheiten ins Hintertreffen zu gelangen. Daraus ist auch der Kurswechsel in der französischen Deutschlandpolitik zu erklären. Französische sicherheits- und wirtschaftspolitische Interessen spielten letztlich die entscheidende Rolle.[78]

Unterzeichnet wurde der Vertrag über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, der einen gemeinsamen Markt für Kohle und Stahl schuf, am 18. April 1951 von Frankreich, Deutschland, den Beneluxstaaten sowie Italien und trat am 23. Juli 1952 für 50 Jahre in Kraft. Großbritannien lehnte eine Mitgliedschaft ab. Für Großbritannien war es unmöglich, sich unter die Hohe Behörde der EGKS zu stellen und deren bindende Entscheidungen hinzunehmen. Wichtig war, dass bereits vorab das supranationale Element nicht zur Verhandlung stand. Entscheidend für den Erfolg des von Monnet und seiner Gruppe ausgearbeiteten Plans war die Unterstützung des französischen Außenministers Robert Schumann, der den Plan aufgriff und politisch umzusetzen wusste. Trotz einiger Modifikationen an Monnets Plan und langwieriger Verhandlungen rund um die genaue Ausgestaltung der Beziehung zwischen supranationalen und nationalen Entscheidungsbereichen wurde die EGKS erstmals mit supranationalen Elementen gegründet.[79]

Für Westdeutschland war mit dem Schumann-Plan die Wiedererlangung nationaler Souveränität sowie das Ende des Besatzungsrechts vorrangiges Interesse. Die Grundlage für eine französische Zustimmung dazu war nun durch die erste supranationale Organisation der

[77] Ian Kershaw, Achterbahn, S. 231.
[78] Michael Gehler, Europa, S. 235-242. Ian Kershaw, Achterbahn, S. 227-235. Beate Neuss, Geburtshelfer Europas, S. 58-63. Gabriele Clemens, Alexander Reinfeldt und Gerhard Wille, Geschichte der europäischen Integration, S. 97-102. Geir Lundestad, The US and Western Europe since 1945, S, 77-80. Wilfred Loth, Der Weg nach Europa, S. 80-83. Urwin Derek, The community of Europe, S. 61-65.
[79] Michael Gehler, Europa, S. 239. Wilfred Loth, Der Weg nach Europa, S. 80-83.

Geschichte geschaffen. Die französische Deutschlandpolitik zeichnete sich nun durch Kontrolle mittels Einbindung aus und war ein entscheidender Schritt zur Aussöhnung der langjährigen Erbfeinde Deutschland und Frankreich. Wichtig war auch, dass Westdeutschland unter Bundeskanzler Konrad Adenauer zur „Selbsteindämmung“[80] bereit war und dass Robert Schumann mit Konrad Adenauer einen gleichgesinnten Partner auf deutscher Seite hatte. Für Deutschland war zudem ein Ende der Kontrolle über die Montanindustrie sowie der Stopp der Demontagen sehr wichtig. Außerdem wurde Deutschland ein gleichberechtigter Status von Beginn an zugedacht und der Anfang Westdeutschlands als gleichberechtigter Akteur in die europäischen Angelegenheiten wurde geebnet. Die Chance, die Konrad Adenauer im Schumann-Plan für Westdeutschland sah, das internationale Ruhrstatut abzuschaffen, die Beendigung des Besatzungsregimes voranzutreiben und die Bundesrepublik Deutschland als souveränen und gleichberechtigten Akteur zu etablieren, konnte durch die EGKS verwirklicht beziehungsweise eingeleitet werden.[81]

Für die Vereinigten Staaten bestand 1950 das Problem, dass mit Großbritannien eine erwünschte Föderation Westeuropas nicht möglich war, diese Föderation jedoch die einzige Lösung des deutschen Problems darstellte. Demnach begrüßten und unterstützten sie die Abkehr Frankreichs von Integrationsbestrebungen mit Großbritannien zum Wohle der kontinentaleuropäischen Integration. Mit dem Schumann-Plan nahm Frankreich aus der Sicht der Vereinigten Staaten endlich die gewünschte europäische Führungsrolle ein und initiierte den Beginn des deutsch-französischen Ausgleichs sowie der westeuropäischen Integration. Besonders positiv wurde der supranationale Charakter eingestuft, der Möglichkeit einer weiteren europäischen Einigung bot, bis hin zu einem großen gemeinsamen Markt und einer Föderation. Aus amerikanischer Sicht hatte der Schumann-Plan durchwegs positive Implikationen auf die wichtigsten ungelösten Fragen rund um das Saargebiet, der Internationalen Ruhrbehörde als auch der Einbeziehung Deutschlands in westeuropäische Angelegenheiten. Vorerst standen wirtschaftliche Aspekte im Vordergrund aber längerfristig betrachtet war er auch Beitrag zu der westlichen Verteidigung gegen die Sowjetunion. Die Vereinigten Staaten sorgten auch dafür, dass Großbritannien sich nicht an den Verhandlungen des Schumann-Plans beteiligte, mit dem Ziel, eine supranationale Organisation zu verhindern, indem sie die britische Regierung enorm unter Druck setzten. Kurzfristige Skepsis über den französischen Plan hinsichtlich der Errichtung eines Kartells wie in der Zwischenkriegszeit

[80] Michael Gehler, Europa, S: 238.
[81] Michael Gehler, Europa, S. 235-242. Gabriele Clemens, Alexander Reinfeldt und Gerhard Wille, Geschichte der europäischen Integration, S. 97-102. Wilfred Loth, Warum Europa, S. 23f.

waren bald verflogen. Jedenfalls wurde deutlich, dass die Vereinigten Staaten sogar möglich negative wirtschaftliche Auswirkungen durch die EGKS vor dem Hintergrund eines sich entwickelnden westeuropäischen Einigungsprozesses akzeptierten. Die politischen Ziele einer Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich und damit einhergehenden Möglichkeit eines dynamischen Integrationsprozesses, der zur Eindämmungsstrategie beitrug und wirtschaftsliberale Prinzipien in Westeuropa zum Durchbruch verhelfen konnte, waren wichtiger als mögliche kurzfristige wirtschaftliche Nachteile. Wie John Foster Dulles, der später unter Präsidenten Eisenhower Außenminister werden sollte, erklärte, nachdem Robert Schuman seinen Plan vorgestellt hatte, hatten er und der amtierenden Außenminister George Marshall bereits auf der Außenministerkonferenz in Moskau, im März/April 1947 über solch einen Zusammenschluss gesprochen, aber hielten es für unmöglich, dass Frankreich so etwas akzeptieren würde.[82]

Was den von den Vereinigten Staaten ausgehenden Einfluss auf die Verhandlungen des Schumann-Plans angeht, stellte der Außenminister Dean Acheson klar, dass keine direkten formellen Vorschläge oder Interventionen vonseiten der Vereinigten Staaten stattfinden sollen. Es sollte lediglich die generelle Zustimmung zu und Unterstützung für den Plan geäußert werden. Man wollte der Diskussion und Vorwürfen eines originär amerikanischen Plans oder gar Diktats seitens kommunistischer Akteure keine Grundlage bieten. Auf informellem Weg sollte jedoch die Meinung in den Verhandlungsprozess eingespielt werden, und wie Dean Acheson es formulierte, „strong US influence should be exerted to avoid watering down of proposals by one country (GB fe) or to assure retention of favorable economic elements outlined in original Schumann announcement".[83] Ähnlich wie bei den Verhandlungen des Europäischen Wiederaufbauprogramms beschränkte sich die amerikanische Rolle allerdings nicht auf eine informelle, sondern wandelte sich bald zu einer aktiv intervenierenden, um den Verhandlungserfolg zu gewährleisten. Diese direkten Eingriffe fanden auch auf Wunsch Frankreichs statt, bei Anstalten das supranationale Element zu untergraben. Vor allem konnten die Vereinigten Staaten über transatlantische Netzwerke, in denen Jean Monnet eine herausragende Rolle spielte, großen Einfluss ausüben, bis hin zum Vorschlag konkreter Textpassagen des EGKS-Vertrags. Die teilweise aktive Einflussnahme erklärt sich auch an die Koppelung der Zustimmung Frankreichs zu einer deutschen Wiederbewaffnung an den erfolgreichen Ausgang der Verhandlungen. Hier spielte also

[82] Beate Neuss, Geburtshelfer Europas, S. 63 -72. Michael Gehler, Europa, S.232. Geir Lundestad, The US and Western Europe since 1945, S. 77-80.
[83] Beate Neuss, Geburtshelfer Europas, S. 67.

wieder die höhere geopolitische Rolle im Kalten Krieg eine wichtige Komponente. Für die amerikanische Administration spielte insbesondere die Hohe Behörde eine entscheidende Rolle und die Ausgestaltung ihrer supranationalen Kompetenzen. Aufgrund des Insistierens der Amerikaner wurden die ursprünglichen starken supranationalen Befugnisse der Hohen Behörde beibehalten.[84]

Am stärksten machten die Vereinigten Staaten ihren Einfluss geltend, als sich die Verhandlungsposition Deutschlands mit dem Ausbruch des Koreakrieges und der amerikanischen Forderung eines westdeutschen Verteidigungsbeitrags verstärkte und man diese veränderte Verhandlungssituation gegenüber Frankreich auch versucht hatte zu nutzen. Die Vereinigten Staaten machten klar und deutlich und warfen ihr ganzes Gewicht als Sieger-, globale Super- und zudem Besatzungsmacht ins Spiel, dass es ohne deutsche Mitgliedschaft in der EGKS keinen Generalvertrag und somit kein Ende des westdeutschen Besatzungsregimes geben wird. So wie die Bundesrepublik Deutschland hat auch Frankreich das Gewicht der amerikanischen Verhandlungsposition und seine sicherheitspolitische Abhängigkeit vor Augen geführt bekommen, als auch sie den Abschluss des EGKS-Vertrags mit der deutschen Wiederbewaffnung verknüpften und somit eine rasche Integration Westdeutschlands in Westeuropa hemmten. Beide Regierungen ließen ihre starren Verhandlungspositionen unter dem Druck der Vereinigten Staaten fallen. Auch der ursprüngliche Widerstand Westdeutschlands gegen die Entflechtung der westdeutschen Stahlindustrie konnte durch den amerikanischen Druck gebrochen werden. Der EGKS-Vertrag wurde dadurch verzögert und ein Kompromiss zwischen Frankreich und Westdeutschland war nur durch massive amerikanische Intervention möglich. Frankreich hat mit dem Schumann-Plan zentrale Interessen erfüllen können. Zum einen erreichte man unter Abgabe von nationaler Souveränität durch westeuropäische Integration die Einbindung der BRD und damit Sicherheit vor potenzieller zukünftiger deutscher Hegemonie. Zudem konnte man die Kontrolle der deutschen Schwerindustrie und Zugang zur Ruhrkohle sichern. Mit der Unterzeichnung des EGKS-Vertrages wurde die internationale Ruhrbehörde aufgelöst und die Bestimmungen des Ruhrstatus und der alliierten Anordnungen, für die ab sofort die Hohe Behörde der EGKS zuständig war, aufgehoben. Dies war aus westdeutscher Sicht eine wichtige Priorität, die erfüllt wurde. Man erreichte mit der Rückkehr als gleichberechtigter Partner die feste Anbindung an Westeuropa. Mit der EGKS wurde die Grundlage geschaffen für den deutsch-französischen Interessenausgleich sowie zukünftige Kooperation und die

[84] Beate Neuss, Geburtshelfer Europas, S. 63 -72. Michael Gehler, Europa, S.232.

Wahrscheinlichkeit eines erneuten bewaffneten Konflikts der beiden Erbfeinde drastisch gemindert oder gar wie der französische Außenminister Robert Schumann meinte „nicht nur undenkbar, sondern materiell unmöglich“.[85] Damit wurde der Grundstein für weitere supranationale westeuropäische Integration gelegt.[86]

Die EGKS stellt definitiv eine Weiterentwicklung der OEEC dar, vor allem hinsichtlich der supranationalen Kontrolle im Kohle- und Stahlsektor sowie der Möglichkeit, direkt bei Marktversagen einzugreifen. Allerdings gingen von der limitierten sektoriellen Integration der EGKS auch keine wirklichen weiteren Integrationsbestrebungen aus. Nichtsdestotrotz wurde mit der EGKS der erste Schritt eines Marsches, wie von Monnet angedacht, an sektorieller Integration gegangen, die durch Spill-over-Effekte immer mehr Sektoren vereinen sollte. Die wirtschaftliche Bilanz entpuppte sich als eher durchwachsen. Abgesehen von einer koordinierten Kohleversorgung gingen keine weiteren wirtschaftlichen Impulse von der Gemeinschaft aus, und als ein massives Überangebot an Kohle auftrat, war die Hohe Behörde der EGKS zu schwach, um den Vertrag durchzusetzen. Bedeutender war der Erfolg auf politischer Ebene mit dem Beginn des Ausgleichs zwischen Westdeutschland und Frankreich nach lang andauernder Feindseligkeit. Es war der erste Schritt, Sicherheit und Vertrauen durch Kooperation zu entwickeln und der Grundstein des deutsch-französischen Tandems, das zum Motor der europäischen Integration avancierte und in dieser Rolle die Vereinigten Staaten ablösen sollten. Politische Aspekte spielten folglich bei den Motiven der EGKS die entscheidende Rolle, und wirtschaftliche Interessen wurden dafür vernachlässigt.[87]

3.4 Entwicklung der amerikanischen Rolle bis zu den Römischen Verträgen

Nach den Vorstellungen des Masterminds des Schumann-Plans, Jean Monnet, sollte diese sektorielle Integration auf immer mehr Bereiche ausgeweitet werden, um so zu dem von Robert Schumann verkündeten Ziel einer europäischen Föderation zu gelangen. Die breite Unterstützung, die der EGKS-Vertrag erhielt, war vielleicht möglich, weil er trotz seiner Komplexität eher vage und zweideutig formuliert war, sodass er auf unterschiedliche Weise

[85] Michael Gehler, Europa, S. 236.
[86] Beate Neuss, Geburtshelfer Europas, S. 72-84. Gabriele Clemens, Alexander Reinfeldt und Gerhard Wille, Geschichte der europäischen Integration, S. 105-107.

[87] Michael Gehler, Europa, S. 235-242.

interpretiert werden konnte. Die EGKS entstand auf der Grundlage des früheren föderalistischen Enthusiasmus, war aber dennoch ausreichend begrenzt und pragmatisch, um von hochrangigen Politikern, die selbst stark daran interessiert waren, Schritte in Richtung einer größeren und effektiven Zusammenarbeit zu fördern, als machbar angesehen zu werden. Wie sich später herausstellte, gab es keine Garantie dafür, dass dieser erste Integrationserfolg auf Dauer Bestand haben oder gar die Integrationsbestrebungen weiter unterstützen würde. Aufgrund geopolitischer Ereignisse, vor allem des Koreakrieges und der amerikanischen Forderung eines westdeutschen Verteidigungsbeitrages im Kalten Krieg und damit einhergehender Wiederbewaffnung war eine Integration auf dem Verteidigungssektor die logische Konsequenz.[88]

Diese wurde ebenso wie die EGKS von Frankreich initiiert und sollte schließlich auch am Widerstand der französischen Nationalversammlung scheitern. Lanciert wurde die Europäische Verteidigungsgemeinschaft vor dem geopolitischen Hintergrund des Koreakrieges und der amerikanischen Forderung eines Verteidigungsbeitrages der Bundesrepublik Deutschland aufgrund der Gefahr eines ähnlichen Szenarios in Europa wie auf der koreanischen Halbinsel. Das westliche Bollwerk gegen die Sowjetunion sollte aus amerikanischer Sicht gestärkt werden und das westdeutsche Potenzial dafür nicht länger unterdrückt werden. Für Frankreich war es inakzeptabel, eine unkontrollierte deutsche Wiederbewaffnung zuzulassen, selbst in den Strukturen der NATO. Daher der Vorschlag des französischen Verteidigungsministers René Pleven, diesen deutschen Verteidigungsbeitrag in europäische Strukturen einzubetten, wie zuvor mit der deutschen Schwerindustrie im Rahmen der EGKS geschehen. Jean Monnet gelang es die Vereinigten Staaten davon zu überzeugen, dass es außerhalb der EVG keine westdeutschen Soldaten geben darf und auch keine NATO-Mitgliedschaft. In den EVG-Verhandlungen konnte Frankreich seine Interessen jedoch nicht so weitgehend wie in der EGKS durchsetzen und eine gewünschte westdeutsche untergeordnete Position konnte nicht durchgesetzt werden. Ohne dem widerstandsfähigen und hartnäckigen amerikanischen Zutun wäre auch dieser Vertrag nie verabschiedet worden. Sie weiteten ihre Garantien vor deutschen Militarismus gegenüber Frankreich aus und vermittelten unter ständiger Druckausübung zwischen französischen und westdeutschen Positionen. Auch in dieser Konstellation spielten zusätzlich weltpolitische Aspekte hinein, da Frankreichs zerbröckelndes Weltreich überdehnt war und im Indochinakrieg von den

[88] Michael Gehler, Europa, S. 242-247. Gabriele Clemens, Alexander Reinfeldt und Gerhard Wille, Geschichte der europäischen Integration, S. 108-113. Johannes Pollak und Peter Slominski. Das politische System der EU, S. 22.

Vereinigten Staaten abhängig wurde. Mit dem Tod des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Josef Stalin 1953 und dem Abflauen des Ost-West-Konflikts wurde vor allem in Frankreich eine EVG als nicht mehr notwendig erachtet. Diese Entwicklung kann auch verallgemeinert werden, insofern als die Integrationsbemühungen und –dynamik bei nachlassender Spannung im Kalten Krieg ebenfalls nachgelassen haben. Das wenig erfreuliche Ergebnis aus der Sicht Frankreichs war die weitgehende Wiedererlangung westdeutscher Souveränität und damit einhergehende Gleichberechtigung als auch die Unterordnung der EVG unter die NATO und somit eine indirekte westdeutsche NATO-Mitgliedschaft. Zudem wurde die Stimmgewichtung in der EVG nach dem jeweiligen militärischen Beitrag bestimmt. Aufgrund der weltweiten Verflechtung französischer Kräfte war in der EVG keine französische Führungsrolle absehbar. Aus französischer Sicht konnte die EVG zentrale Interessen nicht erfüllen. Ein deutsches zukünftiges Übergewicht konnte nicht ausbalanciert werden. Eine französische Führungsrolle, die mit den beiden Organisationen angestrebten werden sollte, war unwahrscheinlich. Trotz massiver amerikanischer Intervention für das Projekt vornehmlich in Paris, scheiterte die EVG 1954 an der Ratifikation der französischen Nationalversammlung. Dem amerikanischen Einfluss waren Grenzen gesetzt, nämlich die eines demokratischen Staates und seines Parlaments. In der französischen Gesellschaft und der Nationalversammlung war die Meinung gereift, die EVG erfülle nicht französische Interessen und hauptsächlich nicht die Kontrolle des westdeutschen Potenzials.[89]

Mit der Änderung der amerikanischen Europapolitik unter der neuen Administration Eisenhower, der ein überzeugter Unterstützer europäischer Integration war, wurden europäische Ängste geweckt, dass die amerikanischen Truppen durch deutsche ersetzt werden sollten. Schließlich scheiterte die EVG an der fehlenden Wiederfindung französischer Interessen in dem Projekt, trotz massiven amerikanischen Drucks auf Frankreich, der sich zusätzlich als hinderlich darstellte. Die EVG kam zudem historisch verfrüht, da eine gemeinsame Verteidigungspolitik auch eine gemeinsame Außenpolitik erforderte, weshalb auch eine Europäische Politische Gemeinschaft (EPG) geschaffen werden sollte. Mit der EVG ist auch die EPG gestorben und manifestierte auch die zukünftige amerikanische Militärpräsenz in Westeuropa, die Frankreich opportuner schien als eine sich von den Vereinigten Staaten emanzipierende europäische Gemeinschaft mit westdeutschem

[89] Michael Gehler, Europa, S. 242-245. Beate Neuss, Geburtshelfer Europas, S.345-358. Gabriele Clemens, Alexander Reinfeldt und Gerhard Wille, Geschichte der europäischen Integration, S. 108-113. Geir Lundestad, The US and Western Europe since 1945, S. 71.

Verteidigungsbeitrag. Stattdessen wurde die BRD 1955 in die NATO und 1954 in die Westeuropäische Union (WEU) aufgenommen und die Aufhebung des Besatzungsstatuts vollzogen. Die WEU wurde 1954 als Erweiterung des Brüsseler Paktes um Westdeutschland und Italien gegründet und war unmittelbare Antwort auf das Scheitern der EVG. Die WEU hat die nicht-militärischen Aufgaben des Brüsseler Paktes übernommen und die militärischen Aufgaben wurden in die NATO-Strukturen integriert. Die NATO blieb damit die vorherrschende Organisation, die auch amerikanischen Einfluss auf europäische Belange sicherte und eine eigenständige europäische Organisation im sicherheitspolitischen Bereich wurde nicht etabliert.[90]

Die EGKS alleine würde aber zukünftig den westeuropäischen Integrationsprozess nicht weiterführen können. Auch aufgrund der Rolle Westdeutschlands war ein starker integrationspolitischer Rahmen in Westeuropa notwendig. Diese Ansicht wurde von westdeutscher Seite geteilt. Mit der Europäischen Atomgemeinschaft (EAG) sowie der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) wurde ein solcher starker westeuropäischer Rahmen geschaffen. Wieder spielten geopolitische Entwicklungen eine entscheidende Rolle. Die Suezkrise 1956 und die Vorführung amerikanischer internationaler Macht, gepaart mit britischer und französischer Demütigung trug maßgeblich dazu bei, dass Frankreich eine tiefgehende Einigung mit Deutschland und Westeuropa anstrebte. Zum Teil um Europa zu stärken aber auch als Reaktion gegen die Vereinigten Staaten. Zudem verschärften sich der Kalte Krieg und das sowjetische Bedrohungspotenzial 1956 mit der Niederschlagung von Aufständen in Ungarn. Letztlich war auch die EWG und die EAG eine politische Entscheidung, da einerseits mit der OEEC und dem GATT passable wirtschafts- und handelspolitische Strukturen geschaffen wurden und mit der WEU als auch der westdeutschen NATO-Mitgliedschaft ein weiteres treibendes Motiv entfallen waren.[91]

Das amerikanische Einwirken auf die Prozesse, die zu den Römischen Verträgen geführt haben, war geringer als bei den westeuropäischen Integrationsprojekten zuvor. Trotzdem wurde das Projekt als positiv befunden und unterstützt, wenn auch dezenter als zuvor. Das Scheitern der EVG wurde auch als Scheitern des amerikanischen Kurses des direkten energischen Intervenierens betrachtet, weshalb man sich hier zurückhielt. Die seit dem Zweiten Weltkrieg stärksten Integrationsmotive aus amerikanischer Sicht waren zu dieser Zeit

[90] Michael Gehler, Europa, S. 242-245. Beate Neuss, Geburtshelfer Europas, S.345-358. Heinz Vetschera, „European Security Policy“ (Lehrveranstaltung, European Security Architecture, Wien, Wintersemester 2020), S. 2f. Gabriele Clemens, Alexander Reinfeldt und Gerhard Wille, Geschichte der europäischen Integration, S. 108-113. Peter Calvocoressi, World politics since 1945, S. 161.

[91] Michael Gehler, Europa, S.242-247. Geir Lundestad, The US and Western Europe since 1945, S. 11 und 84.

auch bereits mehr oder weniger verschwunden. Mit dem Tod Josef Stalins und dem Ende des Koreakrieges 1953 war die unmittelbare Gefahr eines Krieges in Europa gebannt und europäisches Massenelend aufgrund völlig zerstörter Infrastruktur und Gesellschaften war zu der Zeit ebenfalls überwunden. Das sah auch Richard Coudenhove-Kalergi so, der den Tod Josef Stalins als „einen schweren Schlag für den Europagedanken“[92] sah. Trotzdem waren die Römischen Verträge einer der bedeutendsten Meilensteine in der westeuropäischen Integration.[93]

4. Conclusio

Ein gemeinsames Europa wurde nach dem Zweiten Weltkrieg von einer Vision, die über Jahrhunderte entstand, zur Wirklichkeit. Maßgebend verantwortlich für diese europäische, die sich im Zuge des Kalten Krieges als westeuropäische Integrationsgeschichte herausstellte, waren die Vereinigten Staaten von Amerika, die unumstrittene Weltmacht nach dem Zweiten Weltkrieg. Zu dieser Schlussfolgerung ist auch der amerikanische Botschafter in London Winthrop Williams Aldrich im Juli 1955 gekommen als er meinte, „if one looks back at the origins of the institutions which now exist for integrated and cooperative effort on the part of european countries, one is struck by the fact that each one of them came into being and derived its vitality from some major and immediate political need because of some important outside catalyst… They are truly European institutions. But their basic parentage was American”.[94] Es sollte eine Weltordnung etabliert werden, die die Vereinigten Staaten nicht ein drittes Mal zur Intervention in Europa zwingen würde. Eine gewisse Findungsphase war bis 1947 zu erkennen, in der ausgelotet werden sollte, wie eine solche Weltordnung beschaffen sein sollte. Mit der Amtsübernahme der Regierung Harry Truman kristallisierte sich der Gegensatz zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten immer deutlicher heraus und das primäre verfolgte universalistische Konzept der Regierung Roosevelt, basierend auf Kooperation mit der Sowjetunion wurde verworfen. Nun stand die Strategie der Interessensphären und bald der Eindämmung der Sowjetunion im Sinne der Truman-Doktrin im Mittelpunkt amerikanischer Außen- und Europapolitik. Aus der mächtigen Position als Sieger- und Supermacht heraus konnte sie die ersten Schritte der westeuropäischen

[92] Michael Gehler, Europa, S. 233.
[93] Michael Gehler, Europa, S. 242-247. Gabriele Clemens, Alexander Reinfeldt und Gerhard Wille, Geschichte der europäischen Integration, S. 119f und 301f. Geir Lundestad, The US and Western Europe since 1945, S. 83.
[94] Beate Neuss, Geburtshelfer Europas, S. 345.

Integration mit dem Marshall-Plan initiieren. Ziel war es, nach dem Zweiten Weltkrieg Massenelend am zerstörten europäischen Kontinent zu vermeiden und damit radikale politische Strömungen, konkret kommunistische Strömungen keinen Raum zu bieten. Der Marshall-Plan verfolgte also amerikanische Interessen, die bereits vom beginnenden Kalten Krieg und der Truman-Doktrin bestimmt waren. Zweifelsohne waren die zahlreichen Milliarden an amerikanischer Unterstützung wichtig für den Aufbau der westeuropäischen Volkswirtschaften. Jedoch war das Europäische Wiederaufbauprogramm nicht allein dafür verantwortlich. Die Europäer begrüßten aber jedenfalls weitgehend die amerikanische Präsenz in Europa auch vor der immer stärker wahrgenommen Gefahr einer kommunistischen Expansion. Vor diesem Hintergrund entstand auch die zweite Organisation der westeuropäischen Integration, die aber auch über den Atlantik reichte. Das sicherheitspolitische Bündnis der NATO sicherte eine amerikanische Präsenz in Europa für eine unbestimmte Zeit und war zudem eine vitale Garantie für Frankreich vor dem deutschen Potenzial, nachdem die Briten in Kontinentaleuropa keine Führungsrolle einnehmen wollten. Damit wurden auch amerikanische Rückzugspläne bis 1947 verworfen und ein dauerhaftes westeuropäisch-amerikanisches Bündnis verankert. Die aktive amerikanische Rolle für eine westeuropäische Integration entsprang vornehmlich sicherheitspolitischen Motiven. Einerseits musste das deutsche Problem gelöst werden, das sowohl im Sinne der doppelten Eindämmung kontrolliert, aber gleichzeitig auch in einen westeuropäischen Block als Bollwerk gegen die Sowjetunion integriert werden musste. Dies barg auch Sicherheit vor potenziellen zukünftigen europäischen Kriegen.

Infolgedessen waren der amerikanische Einfluss und die Eingriffe auf die Entwicklung der OEEC und der NATO vielfältig und fundamental. Ohne amerikanischen Drängen zur wirtschaftlichen Kooperation wäre die OEEC gegen widerstrebende westeuropäische Nationalstaaten nicht möglich gewesen. Allerdings konnten im Rahmen der OEEC nicht die von amerikanischer Seite erwünschten und geforderten supranationalen Strukturen gegen britischen Widerstand durchgesetzt werden. Der Einfluss der Vereinigten Staaten war zwar massiv, jedoch zeigte sich einige Male, dass keine amerikanischen Konzepte gegen die Interessen insbesondere jener Frankreichs und Großbritanniens, durchsetzbar waren. Am markantesten scheiterte der amerikanische Druck auf Integration im Rahmen der EVG, die schließlich nicht mehr französischen Interessen diente und deswegen auch trotz massivsten amerikanischen Drucks abgelehnt wurde. Dennoch waren die ersten Triebe westeuropäischer Integration amerikanische Initiative. Ein Grund, warum die Vereinigten Staaten so viel erreichen konnten, war, dass die Vorstellungen der Amerikaner häufig mit denen Westeuropas

übereinstimmten. Ohne die Vereinigten Staaten und ihre Politik wäre wohl der Schumann-Plan und die EGKS, die als „Urkern“[95] der heutigen Europäischen Union gilt und damit verbunden der für die Integration essenzielle Ausgleich zwischen den Erbfeinden Deutschland und Frankreich nicht gelungen. Die Vereinigten Staaten traten immer wieder als Vermittler zwischen Westdeutschland und Frankreich auf, im Sinne einer supranationalen westeuropäischen Integration. Dabei warfen sie ihr gesamtes Gewicht als Weltmacht sowie auch westdeutsche Besatzungsmacht in die Verhandlungen und führten ebenso Frankreich seine Abhängigkeit beispielsweise im Indochinakrieg vor Augen. Der Schumann-Plan war zwar von Frankreich initiiert worden, aber auch nur aufgrund des amerikanischen Drucks, das westdeutsche Potenzial nicht länger zu unterdrücken und in gemeinsame Strukturen im Kalten Krieg gegen die Sowjetunion einzubinden. Auch als die Verhandlungen sich als äußerst schwierig erwiesen, traten die Vereinigten Staaten als Vermittler und Konsensfinder auf. Dazu wurden sie allerdings auch oft von den westeuropäischen Akteuren eingeladen. Nicht zuletzt traten sie auch ständig gegen britische Versuche, jegliche supranationale Integration zu verwässern, auf und sicherten so den supranationalen Verhandlungserfolg. Die primären Motive der Vereinigten Staaten waren politischer Natur und man war selbst bereit, wirtschaftliche Nachteile für Integrationsschritte hinzunehmen.

Der geopolitische Rahmen hatte in der frühen westeuropäischen Einigungsgeschichte einen entscheidenden Anteil. Ohne die antagonistischen Entwicklungen des Kalten Krieges hätten die Vereinigten Staaten vielleicht nicht so vehement auf Integration gedrängt und wären 1947 wie geplant aus Europa abgezogen, ohne weitere Integrationskonzepte und -bemühungen. Auch der Koreakrieg forcierte die westeuropäische Integration in sicherheitspolitischer Hinsicht bedeutend. Demgegenüber schwächte sich auch die Integrationsdynamik mit nachlassender Spannung im Ost-West-Konflikt ab. So waren das Ende des Koreakrieges und der Tod Josef Stalins 1953 ein Rückschlag für integrationistische Bestrebungen. Gleichzeitig war die Suezkrise 1956 und das daraus resultierende französische Desaster Triebfeder für Frankreich zu weiteren westeuropäischen Integrationsschritten mit Westdeutschland und weiteren Staaten. Daraus resultierte die Europäische Atomgemeinschaft sowie die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft 1957.

Die Rolle der Vereinigten Staaten als teilweise Initiator, treibende Kraft und Wegbereiter westeuropäischer Integration schwächte sich aber bereits in den 1950er Jahren ab. Bereits bei den Verhandlungen der Römischen Verträge nach dem Scheitern der Europäischen

[95] Peter Fischer, Einführung in das institutionelle und materielle Europarecht, S. 26.

Verteidigungsgemeinschaft 1954 wählten sie ihre Rolle bewusst zurückhaltender. Mit zunehmender Integration emanzipierte sich Westeuropa auch mehr von den Vereinigten Staaten und das deutsch-französische Tandem wurde zum Katalysator der Integration. Eine emanzipierte westeuropäische Gemeinschaft war allerdings nur durch die hartnäckige prointegrationistische Politik, vor allem der Truman und Eisenhower-Administration möglich. Diese entsprang jedoch nicht nur altruistischen Motiven, sondern beruhte auf ihren Berechnungen der Sicherheit und der strategischen Interessen der USA im Rahmen des Kalten Krieges. In den zehn Jahren von der Lancierung des Marshall-Plans bis zu den Römischen Verträgen wurden die Grundlagen für das heutige Europa geschaffen. Dieses Jahrzehnt war zudem der Höhepunkt amerikanischer Europapolitik, indem sie den westeuropäischen Integrationsprozess mitbegründeten und kontinuierlich mitgestalteten und auf Schiene hielten. Ohne dieses amerikanische Engagement für die europäische Einigung wäre es den Europäern, vor allem Frankreich und Deutschland, vermutlich nicht gelungen einen ähnlichen Pfad der Kooperation zu gehen und nationale Rivalitäten zu beseitigen, nachdem gerade der verheerendste Krieg der Geschichte ausgehend von Deutschland zu Ende gegangen ist. Der beste Weg aus amerikanischer Sicht, um Stabilität in Europa zu erreichen, war die Einigung Europas. Vom Marshall-Plan, über die Gründung der NATO bis hin zur Förderung der Gründung der EGKS und der EWG hatten die Vereinigten Staaten stets ihre Bereitschaft gezeigt, ihren Wohlstand und sogar ihre Truppen einzusetzen, um Europa Frieden und Wohlstand zu bringen.

In dieser Arbeit wurden die ersten westeuropäischen Integrationsschritte untersucht und welche Rolle die Vereinigten Staaten in dieser Entwicklung eingenommen haben. Ganz generell kann festgestellt werden, dass die amerikanische Rolle im ersten Jahrzehnt der westeuropäischen Integration beginnend im Jahr 1947 eine Bedeutende war. Wie in der gesamten Arbeit aber auch in der Conclusio ersichtlich wird, wäre eine derartige westeuropäische Integration nach dem Zweiten Weltkrieg ohne die Politik der Vereinigten Staaten wohl nicht möglich gewesen. Während der Marshall-Plan noch originäre amerikanische Initiative war, war es im Rahmen der NATO bereits eine Kombination aus amerikanischen und westeuropäischen Ideen, die zu dem Nordatlantischen Bündnis und zur zeitlich unbestimmten Präsenz der Vereinigten Staaten in Europa geführt haben. Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl war dann dem Schumann-Plan folgend eine französische Initiative, die im Vorfeld bereits in amerikanischen und westeuropäischen Kreisen diskutiert wurde. Eine europäische Handschrift war aber auch bereits bei der OEEC, trotz eindeutig amerikanischer Initiative erkennbar, da die Vereinigten Staaten eine

supranationale Organisation konzipierten, diese jedoch gegen westeuropäischen Widerstand nicht durchzusetzen war. So etwas wie eine deutsch-französische Aussöhnung, die oft als Gründungsmythos der Europäischen Union beschworen wird, ist beim Zustandekommen der EGKS erkennbar. Die EGKS hat grundsätzlich einen deutsch-französischen Ausgleich gebracht. Dieser Ausgleich wäre aber ohne die Vereinigten Staaten und ihre aktive Involvierung in den Einigungsprozess nicht erreicht worden. Frankreichs primäres Ziel war es, Westdeutschland so klein und schwach wie möglich zu halten. Erst als das aufgrund geopolitischer Ereignisse und des amerikanischen Drucks, das westdeutsche Potenzial im Kalten Krieg gegen die Sowjetunion für den westlichen Block nicht länger zu unterdrücken und zu nutzen, schwenkte Frankreich zu einer Politik der Integration mit Westdeutschland um, um Schutz und Sicherheit vor dem klar ersichtlichen westdeutschen Potenzial zu haben. Eine genuine Versöhnung Deutschlands und Frankreichs ist also in dieser Zeit eher nicht zu erkennen, es war wohl eher eine pragmatische Partnerschaft, die nebenbei von den Vereinigten Staaten vehement gefordert wurde, da eine westeuropäische Integration nicht ohne die Kooperation zwischen Deutschland und Frankreich möglich war.

Wie über den gesamten Lauf dieser Arbeit erkennbar wurde, spielten geopolitische Ereignisse eine entscheidende Rolle in der Entwicklung des westeuropäischen Integrationsprozesses. Der globale Ost-West-Gegensatz war wichtiges Motiv für eine westeuropäische Integration unter amerikanischer Schirmherrschaft, um Schutz vor der empfundenen Bedrohung durch die Sowjetunion zu erlangen. Events wie die Berlinkrise oder die kommunistische Machtübernahme in der Tschechoslowakei haben die Vereinigten Staaten dazu veranlasst, die Sowjetunion endgültig als bösartig wahrzunehmen und im Sinne der Truman-Doktrin Westeuropa als Teil seiner Einflusssphäre zu sehen und zu integrieren. Gleichermaßen schwächte sich die Integrationsdynamik ab, als die Spannung im Kalten Krieg nachließ. Mit dem Tod Josef Stalin und dem Ende des Koreakrieges 1953 verlor auch der westeuropäische Einigungsprozess an Fahrt und damit kann auch das Scheitern der EVG 1954 erklärt werden. Zuvor war der Ausbruch des Koreakrieges 1950 noch wesentliche Triebfeder für Integrationsbemühungen, die einen westdeutschen Verteidigungsbeitrag bedeuteten, was nach dem Scheitern der EVG über die westdeutsche NATO-Mitgliedschaft und die WEU erreicht wurde. Schließlich wandte sich Frankreich nach dem Debakel der Suezkrise dem Pfad der weitern Integration mit Westdeutschland und Westeuropa hin und die EWG und EAG wurden verabschiedet.

Der amerikanische Einfluss war im Rahmen des Marshall-Plans und der OEEC sowie der NATO und der EGKS am stärksten. Besonders stark intervenierten die Vereinigten Staaten auch bei den Verhandlungen der EVG. Das Scheitern der EVG wurde auch auf den massiven amerikanischen Druck auf die französische Regierung und Nationalversammlung zurückgeführt. Das Scheitern der EVG bedeutete auch gewissermaßen ein Scheitern der amerikanische Europapolitik, obwohl das ursprüngliche Ziel mit dem westdeutschen NATO-Beitritt schließlich erreicht wurde. Die Vereinigten Staaten unterstützen zwar ebenfalls die Verhandlungen zur EWG und EAG, jedoch weniger intensiv und drastisch als die EVG-Verhandlungen. Am prägendsten war die amerikanische Rolle demnach in den ersten Schritten der westeuropäischen Integration, wie mit teilweisen Vertragsvorschlägen im Zuge der EGKS sichtbar wurde, um amerikanischen Interessen und Vorstellungen bestmöglich widergespiegelt zu sehen. Grundsätzlich muss auch festgehalten werden, dass integrative Schritte immer dann schnell und reibungslos möglich waren, wenn amerikanische und westeuropäische Interessen ähnlich waren. War dies nicht der Fall, waren integrative Einigungen schwieriger erreichbar. Dies ist gut erkennbar an der Ablehnung des supranationalen Konzeptes der europäischen Staaten im Rahmen der Verhandlungen der OEEC aber auch beim Scheitern der EVG.

Schlussendlich kann festgehalten werden, dass wohl ohne die amerikanische Europapolitik nach dem Zweiten Weltkrieg und die zugewiesene Wichtigkeit Westeuropas für amerikanische Interessen und die daraus resultierenden Initiativen und Unterstützung für eine westeuropäische Integration keine integrativen Entwicklungen eingesetzt hätten. Die westeuropäischen Staaten allein wären vermutlich nicht in der Lage gewesen, eine ähnliche Integrationsgeschichte zu schreiben, wie es durch amerikanisches Zutun möglich wurde.

5. Literaturverzeichnis

Brand, Ulrich. „Weltpolitik und Weltwirtschaft: Historische Perspektiven Vom Wiener Kongress bis 1918“. Lehrveranstaltung, Wien, 2017.

Calvocoressi, Peter, und Peter Calvocoressi. World politics since 1945. 9th ed. Harlow, England ; New York: Pearson Longman, 2009.

Cavallar, Georg. „Europapläne im historischen Kontext vor 1945“. Lehrveranstaltung, Wien, Wintersemester 2020.

Clemens, Gabriele, Alexander Reinfeldt, und Gerhard Wille. Geschichte der europäischen Integration: ein Lehrbuch. UTB Geschichte 3097. Paderborn: Schöningh, 2008.

Fischer, Peter. Einführung in das institutionelle und materielle Europarecht - Skriptum Verfasst für den Universitätslehrgang „Europäische Studien“. Wien, 2020.

Gehler, Michael. Europa: Ideen, Institutionen,Vereinigung- Zusammenhalt. 3., Komplett überarbeitete und Erheblich erweiterte Auflage. Reinbek: Lau Verlag, 2017.

Hobsbawm, E. J. Age of extremes: the short twentieth century, 1914-1991. London : New York: Michael Joseph ; Viking Penguin, 1994.

Holborn, Hajo. „American Foreign Policy and European Integration“. World Politics 6, Nr. 1 (Oktober 1953): 1–30. https://doi.org/10.2307/2009076.

Janik, Ralph. „Legal Aspects of the Globalization of World Trade – European and Universal Institutions“. Lehrveranstaltung, Wien, 2020.

Kershaw, Ian. Achterbahn: Europa, 1950 bis 2017. Übersetzt von Klaus-Dieter Schmidt. München: DVA, 2019.

———. Höllensturz: Europa 1914 bis 1949. Übersetzt von Klaus Binder, Bernd Leineweber, und Britta Schröder. Erste Auflage, Pantheon-Ausgabe. München: Pantheon, 2017.

Kindleberger, Charles Poor. The World in Depression, 1929-1939: 40th Anniversary of a Classic in Economic History. 40. anniversary edition. Berkeley: University of California Press, 2013.

Loth, Wilfried. Warum Europa? Antriebskräfte und Perspektiven der Europäischen Einigung. Studia Universitatis Babes-Bolyai.Studia Europaea 56, no. 4 (12, 2011): 17-29. https://uaccess.univie.ac.at/login?url=https://www-proquest-com.uaccess.univie.ac.at/scholarly-journals/warum-europa-antriebskräfte-und-perspektiven-der/docview/1115312962/se-2?accountid=14682.

Loth, Wilfried, und Robert F. Hogg. Building Europe: A History of European Unification. Berlin : Boston: De Gruyter Oldenbourg, 2015.

Lipgens, Walter, Hrsg. 45 Jahre Ringen um die Europäische Verfassung: Dokumente, 1939-1984: von den Schriften der Widerstandsbewegung bis zum Vertragsentwurf des Europäischen Parlaments. Bonn: Europa Union Verlag, 1986.

Lundestad, Geir. The United States and Western Europe Since 1945. Oxford University Press, 2003. https://doi.org/10.1093/0199266689.001.0001.

Margolius Kovály, Heda. Eine Jüdin in Prag: unter dem Schatten von Hitler und Stalin. 1. Aufl. Berlin: Rowohlt, 1992.

NATO. 1949. The North Atlantic Treaty. [online] Available at: <https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_17120.htm?selectedLocale=de> [Accessed 22 July 2021]

Neuss, Beate. Geburtshelfer Europas? die Rolle der Vereinigten Staaten im europäischen Integrationsprozess 1945-1958. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos, 2000.

Phillips, Nicola. „Global Political Economy". In The Globalization of World Politics: An Introduction to International Relations, herausgegeben von John Baylis, Steve Smith, und Patricia Owens, 7. Aufl., 253–68. Oxford, Uinted Kingdom ; New York: Oxford University Press, 2017.

Pollak, Johannes, und Peter Slominski. Das politische System der EU. 2., Völlig überarbeitete und Aktualisierte Auflage. UTB Politikwissenschaft 2852. Wien: Facultas.wuv, 2012.

Siracusa, Joseph M., und Hang Thi Thuy Nguyen. Richard M. Nixon and European Integration: A Reappraisal. 1st ed. 2018. Cham: Springer International Publishing : Imprint: Palgrave Macmillan, 2018. https://doi.org/10.1007/978-3-319-75662-2.Thiemeyer, Guido. Europäische Integration: Motive - Prozesse - Strukturen. UTB Geschichte, Politikwissenschaft 3297. Köln: Böhlau, 2010.

Urwin, Derek W. The community of Europe: a history of European integration since 1945. 2nd ed. The Postwar world. London ; New York: Longman, 1995.

Vetschera, Heinz. „European Security Policy". Lehrveranstaltung gehalten auf der European Security Architecture, Wien, Wintersemester 2020.

6. Anhang

6.1 Zusammenfassung

Das Ziel dieser Arbeit ist es, die frühe europäische Integrationsgeschichte nach dem Zweiten Weltkrieg näher zu erforschen und welche Rolle die Vereinigten Staaten von Amerika in dieser Entwicklung gespielt haben. Dazu ist einleitend der zeitliche Kontext von zwei Weltkriegen, die maßgeblich von Europa ausgelöst und dort ausgetragen wurden, wichtig zu verstehen. Zudem hat ein Wechsel von Großbritannien zu den Vereinigten Staaten als die dominierenden Weltmacht stattgefunden. Auch diese Entwicklung stellt sich als wichtig für den europäischen Integrationsprozess heraus. Nach erfolgter Kontextarbeit werden die ersten Schritte einer Integration der Nationalstaaten in Europa analysiert. Dabei sind der Marshall-Plan sowie die dazugehörige Organisation der OEEC, das Nordatlantische Verteidigungsbündnis NATO, der Schumann-Plan als erste originäre europäische Initiative der Vereinigung Europa sowie das Scheitern der weiteren Integrationsbestrebungen der EVG und EPG, die wichtigsten Pfeiler dieser Arbeit. Das alles passiert vor dem Forschungshintergrund der Rolle der Vereinigten Staaten und wie ihr Einfluss auf und Anteil an diesen Entwicklungen war. Zudem soll auch noch ein Ausblick bis zu den Römischen Verträgen gemacht werden, die das erste ereignisreiche Jahrzehnt der wie sich im Kalten Krieg herausstellte westeuropäischen Integration beendete.

Dabei steht vor allem die Frage des amerikanischen Anteils an dem Produkt der westeuropäischen Integration im Vordergrund. Wäre der Integrationsfortschritt, der nach dem ersten Jahrzehnt der Integration erreicht wurde, auch ohne die Vereinigten Staaten und ihren Beitrag möglich gewesen? Waren diese integrativen Errungenschaften primär amerikanischer oder europäischer Natur? Wie ist die Bedeutung europäischer Akteure, hauptsächlich Frankreich, Großbritannien und auch Westdeutschlands einzuordnen? Welche Bedeutung spielten geopolitische Entwicklungen in diesem Kontext? Und veränderte sich die amerikanische Rolle in diesem Jahrzehnt und falls ja, wie? Das sind die grundlegenden Fragen, die sich diese Arbeit stellt.

Um diese Forschungsfragen zu beantworten, wurde eine theoretische Arbeit durchgeführt. Die Erkenntnisse werden durch eine intensive Literaturrecherche unterschiedlicher Quellen gewonnen.

Diese Arbeit kommt zu der Erkenntnis, dass ohne die amerikanische Europapolitik nach dem Zweiten Weltkrieg und die zugewiesene Wichtigkeit Westeuropas für amerikanische Interessen sowie die daraus resultierenden Initiativen und Unterstützung für eine westeuropäische Integration keine integrativen Entwicklungen eingesetzt hätten. Die westeuropäischen Staaten alleine wären vermutlich nicht in der Lage gewesen, eine ähnliche Integrationsgesichte zu schreiben, wie durch amerikanisches Zutun möglich wurde. Während der Marshall-Plan noch amerikanische Initiative war, änderte sich das im Laufe der Zeit bis zum Schumann-Plan, der auf französische Initiative entstand. Waren zu Beginn noch die Vereinigten Staaten von Amerika der Katalysator der westeuropäischen Einigung, entwickelten sich mit fortschreitender Integration und Emanzipation, westeuropäische Akteure, insbesondere Frankreich und Westdeutschland zum Katalysator weiterer Integrationsschritte wie der EWG und EAG.

6.2 Abstract

The aim of this thesis is to explore the early history of European integration after the Second World War and the role of the United States of America in this development. For this purpose, it is important to understand the historical context of two world wars that were mainly triggered by and fought in Europe. In addition, a change from the British to the American as dominating world power has taken place. This development also turns out to be important for the European integration process. After the contextual work has been done, the first steps of an integration of the nation states in Europe are analyzed. Thereby the Marshall-Plan as well as the corresponding organization of the OEEC, the North Atlantic Defense Alliance NATO, the Schumann-Plan as the first original European initiative of the Unification of Europe, as well as the failure of the further integration efforts of the EDC and EPG, are the most important pillars of this work. All this happens against the research background of the role of the United States and how its influence on and share in these developments was. In addition, an outlook will also be made up to the Treaty of Rome, which ended the first eventful decade of what turned out to be only Western European integration due to the Cold War.

The main focus will be on the question of the American share in the product of Western European integration. Would the integration progress that followed the first decade of integration have been possible without the United States and its contribution? Were these

integrative achievements primarily American or European in nature? How should we classify the importance of European actors, mainly France, Great Britain, and also West Germany? What significance did geopolitical developments play in this context? And did the American role change during this decade, and if so, how? These are the fundamental questions that this thesis asks.

To answer these research questions, a theoretical work was conducted. The findings are obtained through an intensive literature review of different sources.

This thesis comes to the conclusion that without American European policy after World War II and the assigned importance of Western Europe to American interests as well as the resulting initiatives and support for Western European integration, no integrative developments would have begun. The Western European states alone, would probably not have been able to write a similar integration story as was made possible by American intervention. While the Marshall-Plan was still an American initiative, this changed in the course of time, until the Schumann-Plan was created on French initiative. While in the beginning the United States of America was the catalyst for Western European unification, as integration and emancipation progressed, Western European actors, especially France and West Germany, became the catalyst for further integration steps such as the EEC and EAEC.